



24. Heft | 29. November 1916

CARL SEVERING · DEUTSCHLANDS ZUKUNFT UND DIE DEUTSCHE ARBEITERKLASSE

ALS in der Presse die ersten Nachrichten über die Einführung der Arbeitspflicht erschienen, ist zur Begründung dieser Maßnahme unter anderm auf die Organisation und den Umfang der englischen Munitionserzeugung verwiesen. Mit gutem Recht. Denn die Riesenkämpfe an der Somme haben gezeigt, daß England in der Bereitstellung von Kriegsmaterial das Menschenmögliche leistet, und daß das Organisationstalent Lloyd Georges sich auch an dieser gigantischen Aufgabe bewährt hat. Die anderen Länder der Entente werden ebenfalls alles daran setzen, um in der Munitionslieferung nicht zurückzubleiben. Die Waffenherstellung Frankreichs wird trotz der Kohlenkrise und den Arbeiterschwierigkeiten von der Kraft jenes Wortes getrieben werden, das Albert Thomas als das Ziel seiner Kriegstätigkeit bezeichnet hat: »Immer mehr Gewehre, immer mehr Kanonen, immer mehr Granaten!« Und es ist auch nicht anzunehmen, daß Wilson die Ausfuhr von Waffen und Munition für unvereinbar mit seinen Friedensbestrebungen und Zukunftszielen halten wird. Diesen vereinten Anstrengungen der Entente und ihrer Helfer müssen die Mittelmächte die ihrigen entgegensetzen. Und dabei ist vor allem das eine zu beachten: daß die Munitionserzeugung nicht ausschließlich ein Problem der Zahl sondern ebensosehr ein Problem der Technik und der Organisation ist.

Die gewaltige Ausdehnung des Krieges und vor allem seine lange Dauer haben an die Erzeugung von Kriegsmaterial ungeheure Anforderungen gestellt, die von den zünftigen deutschen Waffenfabriken allein schon in den ersten Kriegsmonaten nicht mehr erfüllt werden konnten. Es wurde deswegen zur Herstellung von Kriegsbedarf aller Art auch die Privatindustrie in Anspruch genommen, deren Umstellung für die neuen Produktionszweige sich ohne größere Schwierigkeiten vollzog. Diesen Umwandlungsprozeß haben die Gewerkschaften nicht nur mit allen Kräften zu fördern gesucht, sie haben ihn vielfach erst durch eine kräftige Initiative in Fluß gebracht. In zahlreichen Orten waren es die Vertreter der Gewerkschaften, die an die Arbeitgeber mit dem Ersuchen herangetreten sind von den Beschaffungsämtern der Heeresverwaltung Aufträge zu fordern, eingedenk der Tatsache, daß den Arbeitern ein regelmäßiger und auskömmlicher Arbeitsverdienst lieber ist als Unterstützungen aus Mitteln des Reiches oder der Gewerkschaften. Nicht überall waren die Arbeitgeber sofort geneigt derartigen Ersuchen zu entsprechen. Vielleicht widerstrebten sie in der Annahme, daß der Krieg nur wenige Monate dauern könne, und daß für eine verhältnismäßig kurze Zeit die zu einer Umstellung notwendigen Aufwendungen (Neu-

bauten, Anschaffung neuer und Abänderung im Gebrauch befindlicher Maschinen, Herstellung von Apparaten, Vorrichtungen und Lehren usw.) sich nicht lohnen würden. Die Arbeitervertreter haben diese Schwierigkeiten gewiß nicht übersehen, sie aber auch nicht für so groß erachtet, um von ihren Forderungen auf Arbeitsbeschaffung Abstand zu nehmen. So haben sie durch ihre Vorstellungen vielerorts dazu beigetragen, daß schon in den ersten Kriegsmonaten die Privatindustrie sich den großen Bedürfnissen der Heeresverwaltung auf Herstellung von Kriegsmaterial anpaßte. Der große Nutzen der frühzeitigen Inangriffnahme für den heutigen Stand der Munitionserzeugung liegt auf der Hand. Die Betriebe hatten Zeit sich auf die praktischsten und rationellsten Methoden der Fabrikation einzurichten und dadurch die Intensität der Produktion bedeutend zu steigern, was heute dem ungeheuren Bedarf an Waffen und Munition zugute kommt. Daran können sich, wie gesagt, die Gewerkschaften einen nicht unerheblichen Verdienst zuschreiben. Bestanden die Gründe ihrer Vorstellungen auch zumeist in dem Bemühen den Arbeitern Beschäftigungsgelegenheit und Verdienst zu beschaffen, so hatte die Wirkung ihres Drängens doch auch eine eminent nationale Bedeutung, wie sich jetzt immer mehr herausstellt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften während der ganzen Kriegszeit bemüht geblieben sind die von der Heeresverwaltung zu vergebende Arbeit in möglichst alle Adern des Volkskörpers zu leiten. Hier wurden den Behörden Winke gegeben, die den Zweck verfolgten unter Ausschaltung überflüssiger Mittler die Aufträge in gerechter Weise zu verteilen, dort wurde an die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände die Forderung gestellt auskömmliche Löhne zu zahlen, um gute Arbeit zu erhalten. Kurzum, die Gewerkschaften haben für ihr Teil und im Rahmen ihrer Zweckbestimmung von Kriegsbeginn an ihren großen Organisationsapparat in den Dienst des Volksganzen gestellt. So werden sie es auch in Zukunft halten.

Jetzt soll die Munitionserzeugung noch durch den vaterländischen Hilfsdienst (wie der offizielle Name der neuen Einrichtung lautet) gesteigert werden. Die Regierung hat geglaubt auf eine gesetzliche Verpflichtung zum Arbeitsdienst nicht verzichten zu können.¹⁾ Indes, mehr als auf die Form des Gesetzes kommt es auf den Inhalt des zu Schaffenden an, mehr als auf den Rahmen auf die Ausführung. Und schon bei der Festsetzung der Ausführungsbestimmungen des neuen Gesetzes ist die Mitwirkung der Gewerkschaften ein dringendes Erfordernis, wenn nicht neue Paragraphen geschaffen werden sollen sondern eine lebendige Organisation. Denn bloße Verordnungen tun es nicht, die Anspannung aller Kräfte läßt sich nicht einfach dekretieren und von oben reglementieren. Nur durch die willige und schaffensfreudige Mitwirkung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen wird das große Werk vollbracht werden, von dessen Gelingen der gute Ausgang des Krieges mit abhängt.

Die Frage, um die es sich handelt, ist eine Frage der Arbeiterbeschaffung und der Organisation der Betriebe. Arbeiter schlechthin, das heißt körperlich geeignete Kräfte, sind in vielen Bezirken Deutschlands bei Berücksichtigung der heutigen Organisation der Betriebe noch in genügender Anzahl vorhanden, männliche wie weibliche. Was fehlt, sind qualifizierte Arbeiter,

¹⁾ Den Wortlaut des vorgelegten Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst siehe in der Rundschau Politik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1271.

Werkzeugdreher, Werkzeugschlosser, Schnittbauer, Einrichter, Modelltischler, Former, Zuschneider usw. Die Arbeitsnachweise aller Richtungen und Gruppen wissen davon zu berichten, wie gerade die Angehörigen der gelernten Berufe verlangt werden. Was die Gewerkschaften durch ihre Arbeitsnachweise tun konnten, um die vielbegehrten Kräfte zu vermitteln, ist geschehen. Es läßt sich jedoch nicht bestreiten, daß eine Zentralisation des Arbeitsnachweiswesens, die die Gewerkschaften seit langem fordern und anstreben, noch wirksamer hätte sein können. Eine straff organisierte Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage, die sich über das ganze Land erstreckt und dem Kampf der wirtschaftlichen Parteien entzogen ist, könnte viel leichter Lücken schnell ausfüllen und damit volkswirtschaftliche und nationale Werte schaffen als der Notbehelf der lokalen und fachlichen Organisation des Arbeitsnachweiswesens. Diese notwendige Zentralisation läßt sich jetzt nicht durch einen Federstrich schaffen. Was das Kriegsamt anstrebt und anstreben muß, um sich selbst einen Überblick über die vorhandenen Arbeitskräfte und den Bedarf zu schaffen, kann die Reorganisation der allgemeinen Arbeitsvermittlung nicht berühren. Aber gerade darum ist die emsigste Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Arbeiterbeschaffung für Munitionserzeugung nicht zu entbehren. Lloyd George hat sehr gut gewußt, was er tat, als er mit den Gewerkschaftsführern seine Pläne beriet, Arbeiterkongresse besuchte und Betriebe kontrollierte. So gewann er Fühlung mit den Kräften, ohne deren restlose Einsetzung er die Erfolge seiner Organisationsarbeit nicht erreicht hätte.

Arbeiterbeschaffung und Organisation der Betriebe: das eine bedingt das andere. Eine erhebliche Steigerung der Erzeugung läßt sich nur durchführen, wenn in den Betrieben der Munitionsindustrie Doppel- oder Wechselschichten eingeführt werden. Um die normale Arbeitsweise für die gesteigerte Produktion, selbst mit Überstunden, beibehalten zu können, müßten die Betriebe an Umfang oder Anzahl verdoppelt werden. Dem steht die Schwierigkeit die erforderlichen Arbeitsmaschinen zu beschaffen entgegen. Die Betriebsweise muß also derart organisiert werden, daß sich eine Beschäftigung von mindestens der doppelten Anzahl Arbeiter erzielen läßt. Ungelernte Arbeiter stehen zu diesem Zweck wohl noch genügend zur Verfügung. Wo die männlichen Arbeitskräfte nicht reichen, läßt sich das Angebot der weiblichen noch dadurch vermehren, daß die Gemeinden den Kriegerfrauen den Arbeitsverdienst entweder gar nicht oder nur in einem ganz bescheidenen Maß anrechnen. Doch jede Schicht verlangt auch eine bestimmte Anzahl qualifizierter Arbeiter. Sie müssen beschafft werden. Aber es ist im Interesse der Produktionssteigerung ungleich besser sie unter Mitwirkung sachverständiger Kreise, das ist der Gewerkschaften, auszuwählen als sie zu kommandieren. Gerade weil keine Zeit zu verlieren ist, muß durch eine sorgfältige Auswahl die Notwendigkeit zum Anlernen verringert werden. Jede Lehrzeit bedeutet zurzeit einen Verlust für die nationale Sache. In den Richtlinien für die Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst sind einige Andeutungen gemacht über die territoriale Gliederung der zu schaffenden Organisation. Bezirks- und Korpsausschüsse sollen den Unterbau der neuen Einrichtung bilden. Hier wird durch die Heranziehung einer ausreichenden Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern dafür Sorge zu tragen sein, daß jede bürokratische Einengung unterbleibt. Wer die Gemeinschaftsarbeit

von Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen will, muß bestrebt sein diese durch die Überweisung gemeinschaftlicher Aufgaben zusammenzuführen. Sie sind am ehesten in der Lage praktische Vorschläge zu machen, wie eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung in den einzelnen Betrieben und damit eine größere Intensität der Produktion erzielt werden kann. Auch die Lohnfrage wird bei der Arbeiterbeschaffung eine Rolle spielen. Durch die Berufung eines Arbeitervertreters in das Kriegsamt wird ihre Lösung erleichtert, aber noch nicht restlos vollzogen. Dagegen bietet die ständige Mitarbeit der Gewerkschaften allerdings eine gewisse Gewähr dafür, daß der Produktionsgang keine Störung erfährt.

Freilich gehört zu einer Zusammenarbeit von Gewerkschaften und staatlichen Organen etwas, was vor dem Kriegsausbruch auf beiden Seiten nicht vorhanden war: Vertrauen. Auf der einen Seite betrachteten die Behörden alle Gewerkschaftsmitglieder von vornherein als der *Vaterlandslosigkeit* dringend verdächtig. Die Arbeitsordnungen der staatlichen Betriebe atmeten daher den Geist der Ausnahmebehandlung. Und auf der Gewerkschaftsseite war (zum Teil gerade dadurch veranlaßt) das regste Mißtrauen gegen alles vorhanden, was von den Behörden kam. Wenn auch die Verhältnisse stärker waren als alle Vorurteile und Paragraphen, und die Gewerkschafter sich schließlich aus den Staatswerkstätten weder fernhielten noch fernhalten ließen, so hat die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterklasse immer noch auf sich warten lassen. Hat der Krieg diesen unnatürlichen Zustand endgültig aufgehoben? Es ist hier in den Sozialistischen Monatsheften während der Kriegszeit oft festgestellt worden, daß gerade die militärischen Behörden sich im Verkehr mit den Arbeitern durch ein hohes Maß sozialpolitischer Einsicht ausgezeichnet haben. Das ist auch natürlich: waren sie doch stets durch rein sachliche, nicht durch abwegige Motive bestimmt. Andererseits haben die Gewerkschaften gezeigt, daß sie gewillt sind die lebendigste Solidarität mit ihrer Nation zu üben. Und diese Solidarität ist ihnen durch die Erfahrung erleichtert worden, daß die staatlichen Organe des Verständnisses für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse durchaus nicht zu entbehren brauchen. Hier findet eine Wechselwirkung statt, die dem Volksganzen zugute kommt. Gewiß hat sich die Mitwirkung der Gewerkschaften bei allen staatlichen Aufgaben zunächst nach den besonderen Interessen der Arbeiter zu orientieren. Aber ihr ideelles Bestreben geht ganz von selber dahin die Arbeiter in immer höherem Maß mit der Arbeit zu verknüpfen. Das ist auch der Inhalt einer eigentlich sozialistischen Politik, die auf die *Produktion* abzielt, die die Förderung und Intensivierung der Produktion als ethische Aufgabe erkannt hat. Und so dienen die Arbeitervertreter nicht zu allerletzt dem nationalen Interesse, wenn sie mit-helfen die Heranziehung und Umgruppierung der Arbeitskräfte auf der Grundlage wohlverstandener freiwilliger Pflichterfüllung zu bewirken und an Stelle eines unfruchtbaren Zwanges die schöpferische Selbstverwaltung der Arbeiter zu setzen.

Freiwillige Pflichterfüllung: das sollte das Leitmotiv unserer gesamten nationalen Arbeit sein. Gerade wir Sozialisten haben allen Anlaß uns davor in acht zu nehmen, daß Notstandsmaßnahmen der Kriegszeit, mit den Mängeln jeder Notstandsmaßnahme behaftet, als *Kriegssozialismus* ausgegeben werden. Dieser Ausdruck, unbedacht angewandt, hat die sozialistische Idee

vielfach entstellt und bei solchen, die nicht gewohnt sind ein Schlagwort durch eigenes Nachdenken richtigzustellen, diskreditiert. Auch jetzt bei der allgemeinen Arbeitspflicht handelt es sich wahrlich nicht um den *Umsturz aller bestehenden Wirtschaftsordnungen*. Der Sozialist ist weit davon entfernt in einer Zwangseinrichtung die Geburt der sozialistischen Gesellschaft zu sehen. Er wird aber aus seiner Weltanschauung heraus die intensivste Arbeit für das Gemeinwohl als seine Pflicht anerkennen. Und darauf kommt es an, nicht auf quasitheoretische Rubrizierungen. An der Durchführung der Arbeitssolidarität hat die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse ein doppeltes Interesse: Sie bringt das System der freiwilligen Pflichterfüllung zur Anerkennung und ist das beste Mittel mit ihm, das heißt mit einer schaffensstarken und schaffensfreudigen Arbeiterschaft, die Zukunft Deutschlands sicherzustellen.

XX

MAX COHEN · DIE NOTWENDIGKEIT EINER DEUTSCHEN KOLONIALZUKUNFT



Es ist sicherlich ein wenig merkwürdig, daß die während des Krieges im Reichstag gehaltenen Reden der deutschen Kolonialpolitik kaum Erwähnung tun. Ist das schon sonderbar bei den Reden der Parteiführer, so erst recht bei denen des Reichskanzlers. Von diesem kann man allerdings ohne weiteres annehmen, daß er der zukünftigen deutschen Kolonialpolitik die Bedeutung beimißt, die sie verdient. Ob man von den Abgeordneten das gleiche sagen kann, ist nicht ganz so sicher. Wir haben im Augenblick unsere Kolonien so gut wie ganz verloren. Die Wiedererlangung eines Kolonialreichs ist aber für Deutschland von solcher Wichtigkeit, daß es der Mühe lohnt dieser Frage bereits heute eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Um so mehr als die geschichtlichen Zusammenhänge dieses Krieges in vieler Beziehung auf kolonialpolitische Fragen zurückführen, deren engste Verbindung mit weltwirtschaftlicher Betätigung jedem Politiker geläufig ist. Wie man anzunehmen Grund hat: auch bei einer stetig wachsenden Zahl von Sozialdemokraten. Die intensive Arbeit eines Jahrzehnts, die in den Sozialistischen Monatsheften auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, in der Behandlung der kolonialen Probleme geleistet wurde, beginnt allmählich Früchte zu tragen.

Freilich mag es heute noch manchen Genossen geben, der, unberührt von jener Arbeit, in der alten Enge verharret und vielleicht, trotz den Erfahrungen dieses Krieges, noch gar die folgenden Sätze unterschreiben wird, die ich in einem alten sozialdemokratischen Flugblatt fand:

»Die Kolonien sollen uns vom Ausland unabhängig machen in bezug auf den Bedarf an Kolonialprodukten, als Reis, Kaffee, Kakao, ferner Gummi und Baumwolle. Man behauptet zum Beispiel, das Ausland könne sich einmal weigern uns Baumwolle zu verkaufen, womit der Ruin der deutschen Textilindustrie besiegelt wäre. Diese Angabe ist lediglich eine faule Ausrede, denn die in Togo gewonnene Baumwolle ist sowohl nach Quantität als auch nach Qualität für den deutschen Bedarf völlig belanglos. Wenn sie im Preise mit der amerikanischen Baumwolle konkurrieren soll, dann muß sie frachtfrei, also auf Kosten der deutschen Steuerzahler, nach den Märkten in Hamburg oder Bremen transportiert werden. Es ist, volkswirtschaftlich betrachtet, ein Unsinn sondergleichen Produkte teurer selbst zu erzeugen, die man billiger und besser vom Ausland kaufen kann. Ganz genau so steht es mit der Kultur von Kaffee, Tabak, Kakao, Reis usw. Solange wir Geld haben, wird uns das Ausland mit Freuden seine Produkte verkaufen.«

Ein wenig komisch mutet diese vor 10 Jahren gedruckte Manifestation heute wohl schon die meisten an.

Es kann nun allerdings nicht davon die Rede sein, daß wir aus eigenen Kolonien alle die Rohstoffe beziehen könnten, die wir gebrauchen; wohl aber davon, daß wir bei der Beschaffung derjenigen Stoffe, die für den Bestand unserer Volkswirtschaft unumgänglich sind, uns vom Ausland unabhängig machen. In den entbehrlichen Dingen können wir eine Abspernung selbst über Jahre hinaus ertragen. Die unentbehrlichen Dinge aber müssen uns gesichert sein; wenigstens in einem Maß, daß nicht die eigentlichen Lebensinteressen der Nation gefährdet werden. Für sämtliche Länder, die Rohprodukte einführen, ist es von allergrößtem Vorteil, wenn sich die Zahl der Versorgungsgebiete ständig vermehrt; denn meist wächst die rohstoffverarbeitende Industrie schneller als die Produktion der Rohstoffe. Deren Vermehrung ist besonders für die europäischen Nationen um deswillen eine sehr ernste Angelegenheit, weil in den rohstoff erzeugenden Ländern auch ihre industrielle Weiterverarbeitung dauernd zunimmt. Außerdem hat der einzelne Rohstoffzeuger sehr häufig ein größeres Interesse an hohen Preisen und niedrig gehaltener Produktion als an geringen Preisen und reicher Produktion. Ganz zu schweigen von der immer umfangreicher werdenden Spekulation, die alle natürlichen Verhältnisse von Angebot und Nachfrage in erheblichem Maß durcheinanderwirft.

Gewiß, freie Einkaufsmärkte für alles, was wir nötig haben, und ebensolche Absatzmärkte für unsere Waren, auf denen wir, allen anderen Völkern der Erde gleichberechtigt, ein- und verkaufen könnten: das zu erreichen wäre in der Tat ein wünschenswertes Ziel. Aber es ist keine übermäßige Einsicht vonnöten, um zu erkennen, daß wir es in absehbarer Zukunft nicht erreichen werden. Das Schlagwort von der *offenen Tür* war schon vor dem Krieg zu einem Phantom geworden. Die Voraussetzungen für den offenen Markt übersee schwanden immer mehr dahin.¹⁾ Nach dem Krieg wird das erst recht der Fall sein. Das gilt sowohl für die Einfuhr wie für die Ausfuhr, deren künstliche Regelung und Beeinflussung nach machtpolitischen Zwecken einer der wichtigsten Punkte der allgemeinen Politik nach diesem Krieg sein wird. Und gerade in Deutschland, dessen Abhängigkeit von der Versorgung aus fremden Ländern ziemlich groß ist, muß dieser zu erwartenden wirtschaftlichen Entwicklungsphase große Beachtung geschenkt werden. Wir dürfen uns nicht von dem bequemen Argument bestechen lassen, es sei die Hauptsache, daß überhaupt und zwar möglichst viel produziert werde; denn dann müßten Angebot und Nachfrage schließlich einen Regulierungsfaktor bilden, dem sich nichts entziehen könne. Von einem solchen Idealzustand werden wir nach dem Krieg recht weit entfernt sein. Es werden vielmehr die Eigeninteressen der Erzeugerländer, die mit denen der Bedarfsländer selten genug übereinstimmen, von ausschlaggebender Bedeutung sein. Abgesehen von Nord- und Südamerika, handelt es sich hier meist um Kolonialbesitz unserer jetzigen Gegner, vor allem Englands. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß der enge Anschluß der Vereinigten Staaten an England von Dauer sein wird. Hierdurch würde der englische Einfluß sich auch auf die Rohstoffherzeugung Südamerikas ausdehnen. Damit soll nicht gesagt sein,

¹⁾ Siehe meinen Artikel über den deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatz, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1034 ff.

daß Großbritannien schlechtweg über ihn zu gebieten hätte oder dem Deutschen Reich die Rohstoffzufuhr zu sperren vermöchte. Aber auch wenn es das nicht kann, so vermag es sie doch in einer Weise zu erschweren, die zu der empfindlichsten Schädigung der deutschen Warenerzeugung und des deutschen Verbrauchs führen müßte.

Als der englische Ministerpräsident Asquith am 2. August dieses Jahres im englischen Parlament über die Pariser Wirtschaftskonferenz berichtete, wies er besonders auf die Bedeutung der Beschlüsse hin, die »ständige Maßnahmen gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit unter den Verbündeten« betreffen. Der erste dieser Beschlüsse lautet:

»Die Verbündeten beschließen unverzüglich die nötigen Schritte zu tun, um sich von den feindlichen Ländern unabhängig zu machen, soweit die für eine normale Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nötigen Rohstoffe und Fabrikate in Frage kommen.«

Und über die Mittel, die zu diesem Ziel führen sollen, heißt es an einer Stelle (an der, wie Asquith sagte, die Sache noch keineswegs erschöpfend dargestellt wird):

»Sie können zum Beispiel ihre Zuflucht nehmen zu staatlich unterstützten Unternehmungen, die von den Regierungen selbst geleitet oder beaufsichtigt werden, oder zur Gewährung von Geldbeihilfen zur Ermutigung wissenschaftlicher oder technischer Untersuchungen und Entwicklung nationaler Industrien und Hilfsquellen; oder zu Zöllen oder Verboten zeitweiliger oder dauernder Art, oder zu einer Verschmelzung dieser verschiedenen Methoden.«

Die hier mitgeteilten Sätze zeigen, worauf sich Deutschland vorbereiten muß. Nun mag es richtig sein, daß auch diese Suppe nicht ganz so heiß gegessen werden wird wie sie gekocht worden ist. Auch ist es richtig, daß Englands Verbündete wahrscheinlich nicht mit Leib und Seele bei dieser Sache sein werden.²⁾ Aber es wäre dennoch ganz verfehlt zu glauben, daß Großbritannien nicht alles tun würde, um den Beschlüssen der Pariser Konferenz praktische Geltung zu verschaffen. Auch ein so kühler und sachverständiger Beurteiler wie Dr. Franz Klein, der neuerdings wieder als österreichischer Justizminister berufen ist, hat kürzlich davor gewarnt diese Dinge auf die leichte Achsel zu nehmen und sich einzubilden, daß England es beim bloßen Reden bewenden lassen werde.

Aber auch ohne einen eigentlichen Wirtschaftskrieg vermag England die deutsche Entwicklung schwer zu schädigen. Wer in einem solchen Maß wie England die überseeischen Kolonien, Häfen, Verkehrswege und Verkehrsmittel kontrollieren kann oder sogar sein eigen nennt, dem stehen genügend Hilfsmittel zur Verfügung, um Deutschland die Rohstoffzufuhr zu erschweren, die dessen wichtigstes Friedensbedürfnis ist. Der kommende Zusammenschluß des gesamten britischen Imperiums, mit handelspolitischer Bevorzugung aller einzelnen Glieder, wird der deutschen Ein- und Ausfuhr recht fühlbare Hemmungen bereiten. Und bereits im Krieg hat man in England, durch die Festsetzung von Ausfuhrvorzugszöllen, gezeigt, wie leicht es für ein die Rohstoffherzeugung zum großen Teil beherrschendes Land ist die Rohstoffverbraucher schwer zu treffen. Die Tatsache, daß die britische Ölindustrie jetzt daran gegangen ist die Palmkernölgewinnung für England zu monopolisieren, ist ein symptomatisch überaus wichtiges Beispiel dessen, was uns droht. Es ist hier bereits mehrfach auf diese Angelegenheit hinge-

²⁾ Siehe meinen Artikel Zur Wiederkehr des 4. August, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 783.

wiesen worden.³⁾ Bekanntlich hat England einen Ausfuhrzoll auf die Ausfuhr der aus seinen westafrikanischen Kolonien stammenden Palmkerne gelegt, der bei Weiterverarbeitung des Produkts im Mutterland zurückvergütet wird. Das bedeutet eine empfindliche Benachteiligung der deutschen Industrie, die dies Erzeugnis gebraucht (Pflanzenbutter-, Seifen- und Kerzenindustrie; die Rückstände sind ein wichtiges Futtermittel), zugunsten der entsprechenden Industrien in England. Die Zahlen zeigen das. Die Gesamtausfuhr Westafrikas an Palmkernen betrug im Jahr 1913 320 000 Tonnen. Davon gingen 245 450 Tonnen nach Deutschland; 36 000 Tonnen nach England; 25 000 Tonnen nach Frankreich; 5000 Tonnen nach Südafrika. Die deutschen Kolonien Kamerun und Togo waren an dieser Gesamtausfuhr mit 23 000 Tonnen, das heißt 8 %, beteiligt. Die Einfuhr von Palmkernen nach Großbritannien stieg im Jahr 1914 auf 73 000, im Jahr 1915 gar auf 186 000 Tonnen, und es sind während des Krieges verschiedene Neuanlagen in England zur Verarbeitung der Palmkerne entstanden. Die Höhe dieses Ausfuhrzolls ist während des Krieges, und in den ersten 5 Jahren nach seiner Beendigung, auf 40 Mark für die Tonne solcher Palmkerne festgesetzt, die nach anderen als britischen Häfen ausgeführt werden. Dieses Beispiel zeigt, wie es gemacht werden kann; aber es besagt nicht, daß es nicht noch andere Mittel gibt dem Deutschen Reich die Wiedererlangung und Erweiterung seiner industriellen Produktion zu erschweren.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß solche und ähnliche Maßregeln die ökonomische Entwicklung des Koloniallands selber ungünstig beeinflussen würden. Doch das dürfte für die Entschließungen Englands nicht ausschlaggebend sein. Eine Nation, die die Eingeborenen Ägyptens gezwungen hat im britischen Interesse Baumwolle zu bauen, statt der für die Ernährung des Landes unentbehrlichen Brotfrucht⁴⁾, unterläßt die ihr notwendig erscheinenden Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen und politischen Wettbewerber nicht aus Rücksicht auf die Volkswirtschaft des Koloniallands, auch wenn dessen Zukunft, für sich genommen, durch die Vereinseitigung seiner Produktion in Frage gestellt wird. Lediglich die Stärke Deutschlands und seiner Freunde wird die Schädigung, die durch solche Absichten uns droht, verhindern oder wettmachen können. Und wenn es gelingt einen kontinentaleuropäischen Zusammenschluß nach dem Krieg zu bewirken, so werden die in diesem Imperium vereinten Menschenmassen (zunächst, wenn man die mitteleuropäische Union als Vorstufe der kontinentaleuropäischen nimmt, 120 bis 140 Millionen) als Einkäufer und Verkäufer einen Faktor bilden, der imstande ist sich die gebührende Beachtung auch von England zu erzwingen. Dieses Mitteleuropa kann freilich (und mag es noch so groß sein) nimmermehr die überseeische weltwirtschaftliche Betätigung Deutschlands ersetzen. Die Arbeit in der Weltwirtschaft wird, auch für die Zukunft, Deutschlands wichtigste wirtschaftliche Aufgabe sein; ohne sie ist wirkliches deutsches Wachstum gar nicht mehr denkbar.

Für die weltwirtschaftliche Entfaltung großer Industrie- und Handelsstaaten vom Schlag Deutschlands sind aber eigene Kolonien ein unbedingt notwendiges Hilfsmittel, das für die Aufrechterhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und zum Ausgleich wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht

³⁾ Siehe P e u s Für die Einheit und die Sicherung der Nation, sowie die Rundschau Kolonisation, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 837, und in diesem Band, pag. 1021 f.

⁴⁾ Siehe K r a n o l d Ägypten, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 1. Band, pag. 271 f.

mehr entbehrt werden kann. Selbst dann nicht, wenn man nur an den automatisch steigenden Selbstverbrauch der rohstoffzeugenden Länder denkt. Das Streben nach Kolonialbesitz ist eins der ausgeprägtesten Merkmale moderner kapitalistischer Großstaaten. Und eine solche nahezu mit Naturgewalt auftretende Erscheinung kann eine große politische Partei wie die Sozialdemokratie nicht damit abtun, daß sie sie ablehnt und die ganze Entwicklung als falsch und entbehrlich bekämpft. Wenn alle anderen Nationen, und gewiß nicht unnützlich, Kolonialpolitik treiben, so ist es für ein Land von der industriellen und geistigen Leistungsfähigkeit Deutschlands schlechterdings unmöglich darauf zu verzichten, es sei denn auf Kosten seiner Aufwärtsentwicklung. Eine demokratische Partei wie die deutsche Sozialdemokratie wird natürlich dabei gegen gewisse kolonialpolitische Methoden und Auswüchse ebensogut Stellung nehmen, wie sie das bei den gleichen Erscheinungen der Heimat tut. Aber auch in einer nach sozialistischen Gesichtspunkten organisierten Wirtschaftsform würden die genannten wirtschaftlichen Grundtatsachen keine anderen sein. Mag die sozialistische Gesellschaft ein ganz geringes Ausfuhrbedürfnis haben; ich weiß es nicht. Das eine kann man aber heute wohl schon sagen: Ein großes Einfuhrbedürfnis für Kolonialprodukte jeglicher Art wird sie ganz sicher haben.



ANN es somit keinen Zweifel mehr darüber geben, daß Deutschland zur Sicherstellung und Ergänzung seiner Rohstoffversorgung ein großes eigenes Kolonialgebiet nötig hat, das ein starkes Gegengewicht gegen die monopolartige anglo-amerikanische Beherrschung der Rohstoffzeugung sein wird, so ist es nicht minder unzweifelhaft, daß wir zur Arbeit in den Kolonien die besten Kräfte des Mutterlands gebrauchen. Den schwersten Teil der Kolonialwirtschaft, die Einarbeitung einiger Jahrzehnte, haben wir auch in Deutschland hinter uns. Und wir haben auf den meisten Gebieten so viel Erfahrung gesammelt, daß sich für die Folge zahlreiche Fehler und Irrtümer der Anfangszeit vermeiden lassen werden. Viel Arbeit, Geld und Menschen werden die Kolonien auch für die Zukunft erfordern. Aber auch daheim wird ja nicht geerntet, ohne daß vorher gerodet, geackert und gesät worden ist. Die Ergebnisse unserer bisherigen Kolonialwirtschaft sind übrigens gar nicht so schlecht, daß wir Veranlassung hätten Deutschlands kolonialwirtschaftliche Fähigkeit irgendwie zu bezweifeln. Wenn man die überaus großen Schwierigkeiten bedenkt, die Deutschland auf seinem kolonialen Weg überwinden mußte, so ist das bisherige Resultat alles andere als entmutigend. Das zeigen schon einige wenige Zahlen über die eigenen Einnahmen und Ausgaben sowie über den Gesamt-handel der deutschen Kolonien, die nachstehend wiedergegeben werden (die Zahlen der Jahre 1913 und 1914 beruhen auf etatsmäßigen Schätzungen):

Jahr	Einnahmen Millionen Mark	Ausgaben	Jahr	Gesamthandel Millionen Mark
1904	13,58	101,15	1903	117,1
1912	64,52	87,63	1906	269,7
1913	67,93	105,81	1910	359,6
1914	66,17	109,17	1912	464,5

Die Zukunft des deutschen Kolonialbesitzes wird natürlich vom Ausgang des

Weltkriegs abhängen, besonders aber von der Machtstellung, die Deutschland beim Beginn der Friedensverhandlungen innehaben wird. Man darf nie vergessen, daß auch die Anfänge deutscher Kolonialpolitik gegen den Willen Englands gemacht wurden. Ihre Weiterentwicklung dürfte auch kaum von englischem Wohlwollen begleitet sein. Es ist sehr bezeichnend, daß in dem Friedensfühler der Basler Nationalzeitung, der am 17. November veröffentlicht wurde, die Vermutung ausgesprochen wird, daß »das Kolonialprogramm am schwierigsten zu lösen sein« werde, und daß man »gerade in bezug auf diesen Punkt schwierige Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Deutschland« erwarte. Es ist das erstmal in all den 28 Monaten des Weltkriegs, daß dieses Kernproblem des deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatzes überhaupt berührt wurde. Ein deutscher Kolonialbesitz, der wirklich diesen Namen verdiente, müßte sich auf ein zusammenhängendes afrikanisches Kolonialreich erstrecken, das im Westen und Osten ans Meer reicht. In der ganzen Welt verstreute kleine Kolonien sind für Deutschland eine Last, weil sie von der Basis des Mutterlands zu weit entfernt, aber nicht kräftig und groß genug sind, um in kritischen Zeiten selbst eine Basis zu bilden. Anders würde es sich mit einem großen afrikanischen Besitz verhalten. Der könnte auch in Zeiten der Not (besonders nach den Erfahrungen dieses Krieges) aus eigenen Mitteln verteidigt und gehalten werden.

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß eine solche deutsche Kolonialzukunft in Afrika nicht ohne englischen Widerspruch bleiben kann, dessen Stärke vom Ausgang des Krieges abhängen wird. Auch abgesehen von dem allgemeinen britischen Interesse uns die koloniale Selbstversorgung zu erschweren, stoßen wir hier, in Afrika, auf ein direktes Machtinteresse des britischen Weltreichs überhaupt. Ein zusammenhängendes Deutsch Afrika steht dem großangelegten britischen Verkehrsplan Ägypten und das Kapland durch einen ununterbrochenen Schienenstrang mit einander zu verbinden²⁾ im Weg. Diese Bahn sollte den innern Zusammenhalt des britischen Reichs, zunächst in ganz Afrika, dann in seiner Fortsetzung durch eine zusammenhängende Landbrücke bis nach Indien sicherstellen. Die zusammenhängende Reihe der von Norden nach Süden führenden englischen Besitzungen ist am Tanganjikasee unterbrochen worden: östlich von ihm lag das deutsche Ostafrika, westlich der belgische Kongostaat. Für den britischen Imperialismus war es eine unerträgliche Vorstellung, daß eine lange Strecke dieses Riesenunternehmens durch nichtenglisches Gebiet führen sollte. Wenn Deutschland und Frankreich nicht damals gemeinsamen Widerspruch erhoben hätten, so würde Leopold II. bereits im Jahr 1894 das für den Bahnbau notwendige Stück des belgischen Kongostaats gegen das Gebiet von Ladó am obren Nil eingetauscht haben. Infolgedessen ist bis heute das Stück längs des Tanganjikasees überhaupt nicht in Angriff genommen worden. Man hat sich hier (wie auch an einigen anderen Stellen) vorderhand mit dem Wasserweg begnügt. Das war für England immer nur ein Provisorium. Jetzt aber hat der große europäische Krieg die Möglichkeit nähergerückt, daß Großbritannien auch auf diesem Gebiet an das Ziel seiner Wünsche, das heißt zu einer Kap-Kairo-Bahn gelangt, die den schwarzen Erdteil von Nord bis Süd auf rein britischem Boden durchquert. Könnte

²⁾ Siehe die Rundschau Kolonisation in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1134 f.

England diesen Plan verwirklichen, so hätte es ein Machtmittel in der Hand, das den deutschen Kolonialbesitz in Afrika von Großbritannien abhängig machen würde. Es wird aber eins der wichtigsten Kapitel zukünftiger Friedensverhandlungen sein ein deutsches Afrika zu erwerben, das von England ungefährdet und unabhängig ist.

Wenn dies alles nun auch Fragen sind, die früher von weiten Kreisen in der Sozialdemokratie als Angelegenheiten *kapitalistischer Politik* abgetan wurden, die das Proletariat nichts angehen, so hat der Weltkrieg dargetan, daß diese Dinge gerade auch für die Arbeiterklasse von ausschlaggebendem Interesse sind. Denn das Gedeihen der deutschen Wirtschaft, die Festigung und Erweiterung ihrer Produktionsgrundlagen sind auch für die Arbeiter Lebensfragen. Sie sind es sogar dann, wenn man der Meinung ist, daß das Kapital von alledem den Löwenanteil für sich beansprucht. Wer die Notwendigkeit kapitalistischer Weiterentwicklung für die Heimat anerkennt, kann sie für die Kolonialgebiete nicht leugnen. Ohne deren Produktion können wir daheim nicht mehr auskommen, eine primitive Eingeborenenwirtschaft aber vermag die für uns nötigen Stoffe nicht in genügender Menge hervorzubringen.

Der Sinn und der Zweck der Politik des 4. August bestand in der Bereitschaft das bedrohte Land mit allen Kräften zu verteidigen. Ihre Folge wird es sein müssen auch nach dem Krieg an der Wahrnehmung der Lebensinteressen des deutschen Volkes tatbereit mitzuarbeiten und den Wiederaufbau und die Erweiterung des deutschen Wirtschaftslebens und seiner Grundlagen zu fördern. Eine politische Partei, die alles aufgeboten hat den Staat durch die tosenden Strudel des Kriegs hindurchsteuern zu helfen, kann im Frieden nicht einfach wieder abtreten und sich in ihre Isolierungszelle zurückziehen. Das würde sie mit Sicherheit um jedes Ansehen bringen. Ich bin nicht einen Augenblick im Zweifel, daß die deutsche Sozialdemokratie im Frieden nicht weniger den richtigen Weg finden wird als sie ihn im Krieg fand. Dann wird ihre Arbeit von ebenso großem Nutzen für die Arbeiterklasse wie für die Staatsgemeinschaft sein.

XX

MAX SCHIPPEL · DIE AMERIKANISCHE PRÄSIDENTENWAHL 1916



IE Einzelheiten der großen amerikanischen Wahlbewegung, die Nebenströmungen und Zufälligkeiten, die in ihrer Gesamtheit dennoch keinen geringen Einfluß ausüben, sind diesmal für den europäischen Beobachter noch schwerer als sonst festzustellen. Die gewohnten überseeischen Nachrichtenquellen stocken oder sind vollständig unterbrochen. Bei uns daheim ist noch dazu der Raum der Presse enger bemessen als sonst und die öffentliche Aufmerksamkeit ganz und gar auf für uns entscheidendere Vorgänge abgelenkt. Die Berichterstattung über die inneren Zustände in den Vereinigten Staaten ist daher immer dürftiger geworden.

Trotzdem lassen sich die Grundzüge des Aufmarsches und der Gegensätze der Parteien, der fördernden und hemmenden tatsächlichen Verhältnisse und Massenstimmungen für beide streitenden Teile recht wohl erkennen. Für

die Beteiligung der Sozialisten allerdings liegen bis zur Stunde noch nicht einmal die kümmerlichsten Wahlergebnisse und Stimmzählungen vor. Aber diese selber werden nach wie vor praktisch belanglos geblieben sein, und die lediglich in Betracht kommende programmatische Stellungnahme ist seit Monaten bekannt. Deshalb wird eine kurze Übersicht über die ganze Kampagne möglich und willkommen sein.



WÄHREND der ersten Wochen und Monate schienen alle Voraussetzungen den Republikanern günstig. Manche offensichtlichen Schwächen der Wilsonschen Verwaltung boten genügenden Anlaß zu heftigen Angriffen, und wie immer fanden die Angriffe gegen das Alte und Bestehende zunächst ziemlich uneingeschränkten Anklang. Gegenüber den mexicanischen Wirren und Ausschreitungen hatte Wilson immer wieder zwischen festem Zugreifen und zauderndem Ausweichen geschwankt, aber gerade dadurch schien eine Wendung zum Bessern in noch weitere Ferne als sonst gerückt. Ein Mitglied des Wilsonschen Kabinetts, noch dazu der Kriegsminister Baker, hatte vollends die Villaschen *Banditen* gelegentlich mit den freiwilligen Unabhängigkeitskämpfern von George Washington verglichen und damit der gegnerischen Agitation eine bequeme Handhabe geboten den Ernst des ganzen Wilsonschen Auftretens zu bezweifeln und das nicht geringe amerikanische Selbstgefühl anzustacheln. Was bei der Unterseebootfrage mehr noch hätte geschehen sollen, wußte und wagte freilich niemand geradeheraus zu sagen. Aber von dem Geschehenen und Erreichten befriedigt war gleichfalls niemand, und so konnte die Kritik der auswärtigen Politik stets auf viel- und selbst allseitigen Beifall rechnen. Gegen Ende 1915, als die Rooseveltsche Richtung noch ganz den Ton angab, hatte deshalb der Outlook geschrieben:

»Die Präsidentschaftsfrage für 1916 ist äußerst einfach. Es handelt sich nicht um den Zolltarif. Auch nicht um die Finanzen. Auch nicht um die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Auch nicht um die Regelung der Trusts. Es handelt sich um die nationale Wehr. Sollen unsere Bürger auswärts und unser Land daheim geschützt sein? Der Partei, die diese Frage zum Mittelpunkt ihres Programms macht, und dem Kandidaten, der sie als die wichtigste öffentliche Angelegenheit betrachtet und dessen Taten wie seine Worte einem solchen Programm entsprechen, wird der Erfolg zur Seite stehen.«¹⁾

Jedoch stellte sich sehr bald heraus, daß, vor allem im heißumwobenen Mittelwesten und Westen, der voraussichtlich am Wahltag die letzten Schwankungen der Wage bestimmen mußte, die Wählermassen, vom wohligen warmen Strom einer beispiellosen allgemeinen Prosperität getragen, im Ernstfall wenig zu Abenteuern und Wagnissen aufgelegt waren. Diese Wahrnehmung machte man sehr bald ganz allgemein, und sie gab den ersten Anstoß die anfangs sehr siegesgewiß hohen Wettsätze zugunsten Hughes' nach und nach recht merklich herabzusetzen. Besonders in den englischen Blättern, die seit dem Kriegsbeginn mit einem jederzeit tatbereiten *Anglo-amerikanismus* zu rechnen gewohnt waren, brach die Enttäuschung über die unverkennbare verhältnismäßige Ruhe und Gleichgültigkeit schon während der Wahlvorbereitungen mehr und mehr hervor:

»Hughes hat in der Tat kapituliert [surrendered] angesichts der Unempfindlich-

¹⁾ Siehe *Mere Words Won't Do*, im Outlook, 1915, 111. Band, pag. 703. Diese Wochenschrift steht zwar noch auf Roosevelts Seite, aber die unmittelbare Verbindung mit Roosevelt hat seit Jahr und Tag bereits aufgehört.

keit [apathy] der Massen gegenüber den auswärtigen Dingen und angesichts des volkstümlichen Wunsches den mit der auswärtigen Politik verbundenen Verwicklungen und Opfern ferngehalten zu werden. Wie hier schon oft dargelegt, war und ist die öffentliche Meinung Amerikas im Grunde mit der bedächtigen Diplomatie des Präsidenten einverstanden. Dies ließ sich schon daran erkennen, daß auf den Ernennungsparteitagen sowohl der Republikaner wie der Progressiven [der Rooseveltianer] die Erklärungen zugunsten eines entschlossenen *Amerikanismus* schließlich unterblieben. Man fühlt dies auch, wenn man herumreist, besonders in den wohlhabenderen und abgelegeneren Farmerbezirken. Die friedlichen Täler und blühenden Provinzstädte scheinen außerordentlich selbstzufrieden und unberührt. Hier scheint man an Frieden und Prosperität sogar mehr interessiert zu sein als an der Genugtuung für amerikanische Menschenverluste durch preußische Piraten oder mexicanische Banditen.«²⁾

Trotz ihrer wachsenden Zurückhaltung behielt jedoch für die Massen die republikanische Partei den Beigeschmack des größern Draufgängertums. Man erinnerte daran, daß sie seinerzeit den Krieg mit Spanien wegen Cubas herbeigeführt und die überseeische Eroberungspolitik eingeleitet, die Vermittlung zwischen Japan und Rußland übernommen und an der Konferenz von Algeciras teilgenommen habe: Dinge, die für den Amerikaner durchaus nicht so selbstverständlich sind wie für den Europäer. Weil auf der Gegenseite die Demokraten die weit größere Friedensbürgschaft zu bieten schienen, verließen noch zuletzt Männer wie Henry Ford, der bekannte Automillionär und Pazifist, nach lebenslänglicher Ergebenheit für die republikanische Sache, den alten Parteiverband. Auf jeden Fall war, wie sich mehr und mehr herausstellte, mit dem bloßen derbern Anschlagen des nationalen und nationalistischen Tones der Wahlsieg nicht an die republikanischen Fahnen zu fesseln. Ebensowenig aber mit den mühsam ersonnenen Ersatzlockmitteln, wie etwa mit der nachher kräftiger hervorgekehrten *ökonomischen Rüstungsbereitschaft* für die Zeit nach dem Krieg: das heißt mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit höherer Zölle gegen die etwas unklare Gefahr der Schleuderausfuhr seitens Deutschlands und wohl auch noch anderer, gegenwärtig kriegführender Länder.

Schließlich erwies sich sogar die Wiedervereinigung mit den weniger zoll-einseitigen und mehr sozialreformerischen Progressiven als ein zweischneidiges Schwert und durchaus nicht immer als eine entsprechende Kräftevermehrung. Zwar wiesen die Führer der Rooseveltschen Abtrünnigen von 1912 triumphierend darauf hin, daß der Republikanismus seitdem eine tiefe innere Umwälzung durchgemacht und viele der damals noch bitter umkämpften und schroff abgelehnten Forderungen aufgenommen habe: so die schärfere Trustaufsicht und Trustregelung, die Schonung der vorher verschleuderten natürlichen Hilfsquellen, den größern Arbeiterschutz für Kinder und Erwachsene, das Frauenstimmrecht. Aber die jüngste Wilsonverwaltung, die den Kinderschutz von Bundes wegen in Angriff genommen und neuerdings noch den Eisenbahnern den gesetzlichen Achtstundentag verschafft hatte, hielt noch immer recht gut den Vergleich mit dem verjüngten und verbesserten Republikanismus aus. Viele der damaligen Progressiven waren zudem aus dem alten erstarrten demokratischen Lager herübergewechselt und zeigten nunmehr häufig Abneigung gegen die von Roosevelt selber empfohlene einfache Unterstützung Hughes': so sehr man dessen Charakter und Vergangenheit zu achten erklärte. Von hervorragenden Progress-

²⁾ Siehe die Washingtoner Korrespondenz vom 16. September in den Times vom 28. September 1916.

siven, die sich deshalb lieber Wilson zuwandten, seien nur genannt: Vance C. McCormick, Heney (Californien), der alte Korruptionsbekämpfer, in New York Bainbridge Colby und Michael Schaap, in Massachusetts Mathew Hale.

Die gegen 2 Millionen Frauenstimmen schrieb man von Anbeginn an überwiegend der demokratischen Partei gut, weil diese überall in den westlichen Staaten mit der Einführung des Frauenstimmrechts geschichtlich eng verwachsen war.

Je länger der Wahlkampf sich fortspann, desto bescheidener wurde, trotz dem aus den großen Industrie- und Handelsvermögen besser gefüllten Wahlfonds, die anfangs unerschütterliche Siegeszuversicht der Republikaner, bis am Ende, ganz der endgültigen Wirklichkeit entsprechend, die Chancen hüben und drüben als nahezu gleich beurteilt wurden. Sogar das alte Schlagwort der Republikaner: das wirtschaftliche Gedeihen bewiese am besten die Richtigkeit der herrschenden Politik, wurde schließlich mit Vorliebe für Wilson und gegen Hughes ins Treffen geführt.



PROSPERITY and peace, guter Geschäftsgang und Frieden! Gegen diesen in allen üblichen und neuersonnenen Formen unendlich wiederholten demokratischen Schläger war unter solchen Umständen schwer aufzukommen. Denn die Prosperität war unbestreitbar, und jedermann freute sich ihrer in vollsten Zügen. Nach Theodore H. Price hat zwischen dem (am 30. Juni endenden) Fiskaljahr 1911-1912 und 1915-1916 folgender Aufschwung stattgefunden³⁾:

Gegenstand	Größe respektive Wert		
	1911-1912	1915-1916	prozentual mehr (+) oder weniger (-)
	Millionen Dollar		
Öffentliche Verschuldung gegen Europa	6 500	3 160	- 51,4
Bankclearings	166 408	224 338	+ 34,9
Alle Bankeinlagen	19 516	26 086	+ 33,6
Goldvorrat	1 818	2 439	+ 34,1
Überschuß der Handelsbilanz	551	2 136	+ 287,6
Goldzufuhr (1911-1912 Ausfuhr)	- 8	404	(+∞)
Landwirtschaftliche Ausfuhren	1 020	1 470	+ 44,1
Industrierausfuhren	1 020	2 600	+ 154,9
Industrielöhne	3 760	5 320	+ 41,5
Industrieerzeugnisse	22 800	32 200	+ 41,2
	1000 Tonnen		
Roheisenerzeugung	29 700	40 000	+ 34,7
Stahlerzeugung	31 000	42 000	+ 35,5
	Kopfzahl		
Industriebeschäftigte	6 900 000	8 500 000	+ 23,2

Konnte angesichts solcher Ergebnisse die Wilsonverwaltung wirklich so schlecht und einsichtslos gewesen sein? Selbst mehr großkapitalistische Reformen, die ihr nach ihrer ganzen Entwicklungsgeschichte eigentlich ziemlich fernlagen, hatte die demokratische Partei, nach langer republikan-

³⁾ Siehe Price *President Wilson and Prosperity*, im *Outlook*, 1916, 113. Band, pag. 598 ff.

nischer Zwischenherrschaft (1896 ununterbrochen bis 1912) wieder ans Ruder berufen, wie man einräumen mußte, vorzüglich zu lösen verstanden: so die Bankorganisation, der in der heutigen Gestalt selbst Republikaner den Vorzug vor den früheren Aldrichschen Entwürfen zuerkennen. Die ehemals so partikularistische Partei hatte dem Bund die Einkommensteuer gebracht. Dem Farmer hatte sie günstigen Kredit, durch das Good Roads Law und den Smith-Lever Agricultural Education Act leichtern Zugang zu den Verkehrsknotenpunkten und den geistigen und technischen Errungenschaften erschlossen. In den Zollfragen war ihre Haltung mehr und mehr rein opportunistisch geworden und ließ von dem alten prinzipiellen Freihandelsstandpunkt wenig oder gar nichts mehr verspüren. Vor kurzem hatte Wilson sogar Maßnahmen gegen die Schleudereinfuhren, vor allem von Kartellen mit verschiedenen Inlands- und Auslandspreisen, als zum mindesten erwägenswert bezeichnet. Als überragende Persönlichkeit und als Parteiführer hatte sich Wilson vollends über alles Erwarten bewährt. Er fand bei seinem Regierungsantritt die Demokraten, als langjährige bloße Oppositions- und Agitationspartei, arg desorganisiert vor. In den 4 Jahren seiner Präsidentschaft hatte er seine anfangs ziemlich turbulente und unzuverlässige Gefolgschaft politisch erzogen und, zum Teil mit sehr harten und selbstherrlichen Mitteln, zu besserem gemeinsamen Handeln geschult. Selbst in den Flotten- und Rüstungsfragen lenkte der alte *orthodoxe Liberale* (wenn diese englisch-europäische Bezeichnung in Amerika überhaupt Sinn hat) mindestens so weit ein wie es sich mit der Denkgewöhnung des früher weltpolitisch isolierten, erst neuerdings in die Welthandel unlösbar hineingezogenen Amerikanertums noch verträgt. Welcher Grund hätte also vorgelegen im Augenblick durchaus den Steuermann des Regierungsschiffs und den ganzen politischen Kurs wechseln zu müssen?

Unter allen diesen Vorbedingungen flaute der erste republikanische Ansturm zusehends ab. Und wenn am Wahlabend die verkehrsreicheren und belebteren Unionsdistrikte nochmals ein günstigeres Bild für Hughes ergaben, so brachten die nächsten Tage aus den entlegeneren Farm- und Grenzergebieten um so mehr die von umsichtigen Beobachtern, gerade auch in der enttäuschten englischen Presse, schon vorher erwartete Korrektur.



ERMUTLICH haben vielfach selbst die Deutschen, und nicht in letzter Linie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Republikaner abfallen lassen. Das Deutschelement war so lange einig, als es, innerhalb der republikanischen Organisation, Hughes, die vermittelndere Persönlichkeit, gegen Roosevelt, den offen polternden Deutschenfeind abstoßendster Art, durchzudrücken galt (daraus ist wohl die Nachricht von dem deutschen Eintreten für Hughes entstanden). Weiter dürfte jedoch die Verbindung zwischen Deutschamerikanertum und republikanischer Wahlbewegung im allgemeinen kaum gegangen sein, trotz dem Unwillen über Wilsons einseitige Neutralität in dem Ringen zwischen Deutschland und England. In den abschließenden Kampagnewochen tauchten sogar öfter Mitteilungen über engere Beziehungen zwischen Wilsonianern und Deutschamerikanern auf.

Die Sozialisten zogen diesmal in den Stimmkampf ohne Eugene V. Debs, der für 4 Präsidentschaftswahlen (1900, 1904, 1908, 1912) die Mühen und Ehren der Kandidatur getragen und 1912 898 296 Stimmen (gegen

6 290 818 für Wilson, 4 123 206 für Roosevelt, und 3 484 529 für Taft) erungen hatte. Sein Nachfolger war Allan L. Benson, einer der bekanntesten Parteiredner und Parteischriftsteller (besonders als Mitarbeiter am Appeal to Reason).

Die Plattform unterschied sich in den praktisch politischen, nicht rein theoretisierenden Hauptteilen nur wenig von der vorigen.⁴⁾ Die in unserm europäischen Sinn demokratischen Forderungen waren, mit den Wettbewerbern verglichen, natürlich noch schärfer herausgearbeitet: Frauenstimmrecht, Initiative, Referendum, das Recht der Wiederabsetzung nichtbewährter Beamter, die Freiheit der Rede, Schrift und Organisation, die direkte Präsidentenwahl, die Erleichterung von Verfassungsänderungen, die Aufhebung der Ungültigkeitserklärung von Gesetzen durch Gerichte, die Beseitigung der vorläufigen gerichtlichen Verfügungen bei Lohnkämpfen, und ähnliches mehr. Das Gemeineigentum und die demokratische Leitung waren gefordert für »Eisenbahnen, Telegraphen und Telephone, Paketfahrtgesellschaften [express service], Dampferlinien und alle anderen gesellschaftlichen [social] Mittel des Transports und Austausches, für alle Großbetriebsindustrien [all large scale industries]«. Die Gemeinden, die Staaten und der Bund hätten ferner sofort alle Getreidespeicher, Schlachthöfe, Kühlhäuser und andere Handelseinrichtungen zu übernehmen, »um den Farmer von den unerhörten Lasten des Zwischenhandels zu befreien und die heutige Verteuerung der Lebenshaltung zu mildern«. Zur Linderung der Arbeitslosigkeit seien die öffentlichen Arbeiten nach Möglichkeit auszudehnen und in Eigenbetrieb, unter Wahrung des Achtstundentags und der Gewerkschaftslöhne, durchzuführen. Öffentliche Arbeitsvermittlungsbureaus seien zu schaffen, den Staaten und Gemeinden billige Anleihen für öffentliche Werke zur Verfügung zu stellen, ebenso den Gewerkschaften Zuschüsse zu ihren Unterstützungsleistungen für Arbeitslose. Der Arbeitstag sei weiter mit den Fortschritten der Technik zu verkürzen, wöchentlich eine 36stündige ununterbrochene Ruhezeit zu sichern, die Gewerbeaufsicht zu verbessern, die Beschäftigung von »Kindern unter 18 Jahren« zu verbieten, ebenso der Transport von Staat zu Staat »für alle Erzeugnisse der Kinderarbeit und der nicht-beaufsichtigten Fabriken und Gruben«; eine Maßnahme, die sich gegen die, im Arbeiterschutz rückständigsten Einzelstaaten richtet.

Ihre Eigenart suchte die sozialistische Plattform diesmal vor allem in der Betonung des Friedenswillens und der Abneigung gegen allen Militarismus. Auch das Streben der herrschenden amerikanischen Parteien nach einer Rüstungsvermehrung wird dabei, nach ältester Überlieferung, lediglich aus Unterdrückungs- und Ausbeutungssucht hergeleitet:

»Ein größeres Heer wird gewünscht, um die Arbeiter der Vereinigten Staaten in Unterwerfung zu halten. Eine größere Flotte wird verlangt, um die auswärtigen Geldanlagen der amerikanischen Kapitalisten zu schützen und um der amerikanischen Diplomatie in ihrem Bemühen fremde Märkte für die amerikanischen Kapitalisten zu gewinnen einen Rückhalt zu gewähren. . . Wir klagen diese Art Vorbereitung an als grundsätzlich falsch, als ganz unnötig und als gefährlich in ihrer militaristischen Tendenz. Dafür vertreten wir jene Art von sozialer Bereitschaft, die sich ausdrückt in besseren Wohnungen, besseren Körpern und besserm Geist, die ebensosehr eine Folge des Wohlergehens wie für eine wirksame Verteidigung im Kriegsfall unentbehrliche Voraussetzungen sind.«

⁴⁾ Siehe die National Platform of the Socialist Party, angenommen vom National Executive Committee Chicago 5. Juli 1916, mitgeteilt im Milwaukee Leader vom gleichen Tag.

zialdemokratischen Fraktion, der Abgeordnete Scheidemann, hatte nichts anderes zu erklären als dies: es sei notwendig gewesen, »daß diese Dinge endlich einmal öffentlich hinausgeschrien würden«, weil »alles, was bisher in der Kommission vorgetragen worden ist, alles, was wir in wiederholten Auseinandersetzungen und in schriftlichen Darstellungen vorgetragen haben, bis auf den heutigen Tag nichts genutzt hat«. Und im Vorwärts hat dann Scheidemann eine Drohnote an die Regierung gerichtet, des Inhalts: wenn sie nicht endlich etwas tue, wenn nicht in der Regierung der starke Mann komme, der durchzugreifen wage, dann komme der Zusammenbruch. Also: Nicht der Reichstag, nicht die Parteien, die Regierung hat etwas zu tun. Der Reichstag tut genug, wenn er redet, anklagt und sich entrüstet.

Ich finde, das ist denn doch etwas zu bequem. Es fehlt dem Reichstag der Wille zur Macht. Und es fehlt ihm noch mehr an der machtermöglichenden Politik. Man glaubt zwar gemeinhin, am Verlangen nach Macht fehle es zum Beispiel bei den Sozialdemokraten nicht, und am wenigsten bei den am weitesten linksstehenden. Indes, es ist eine Täuschung oder Selbsttäuschung, wenn man Klage, Kritik und Entrüstung als Willen zur Macht auffaßt; im Gegenteil, ein Übermaß daran, neben einem Fehlen der entsprechenden, wirkliche Besserung bringenden Tat, drückt nur eine Furcht vor Übernahme der Verantwortung aus, die eine Voraussetzung jeder fruchtbaren Aktion ist. Der Reichstag müßte, statt Abhilfe gegen Mißstände von der Regierung zu verlangen, sie von sich selber fordern. Er muß sich für die beklagten Mißstände selber verantwortlich fühlen. Und er muß sie auch selber abstellen. Das kann er. Freilich gehört dazu die Erfüllung einiger bestimmter Voraussetzungen.

Der Reichstag muß sich bei aller Gegensätzlichkeit der in ihm vertretenen Parteien, Klassen, Stände usw. als das Volk oder doch als die Vertretung des Volkes fühlen. Er muß ein Gesamtgefühl haben, in sich Solidarität fühlen und die Regierung als seine eigene Angelegenheit betrachten, statt sie als Obrigkeit über sich zu empfinden, der er mit Wünschen oder Klagen, mit Ergebenheit oder mit Entrüstung naht. An diesem Gefühl fehlt es bei uns noch durchaus. Der Gegensatz unter den Parteien, der Parteihaß ist noch so groß, daß die Regierung, statt das ausführende Organ der Volksvertretung zu sein, sich beinahe notgedrungen auf das »Divide ed impera!« zurückziehen muß. Die trennenden Ideen sind so stark, daß die Hauptaufgabe, die eigentliche Aufgabe, die eine Volksvertretung zu erfüllen hat: die politische Kunst auszuüben im Kampf der Gegensätze das jeweilig Bestmögliche zu schaffen, nur sehr mangelhaft gelöst wird. Die Volksvertretung ist noch viel zu sehr Redeplatz, sie sollte aber vor allem ein Beschlußorgan sein, das nicht kritisiert sondern leitet. Die Mißstände, über die in der Schutzhaftdebatte geklagt wurde, lagen offen zutage: In Schutzhaft Genommene in Gefängniszellen zu sperren ist unbedingt unzulässig. Sie sind so unterzubringen, daß sie möglichst so gut wohnen wie zu Hause. Ihre Freiheit ist in jeder Beziehung nur so weit einzuschränken, als es der Zweck der Schutzhaft: die vorbeugende Verhinderung einer Schädigung des Reiches, einer Beeinträchtigung gesamtnationaler Interessen, erfordert. Ein Mehr an Freiheitsberaubung über diesen Zweck darf unter keinen Umständen stattfinden. Bei so geklärter Sachlage hat aber der Reichstag nicht klagend oder schutzsuchend vor die Regierung zu treten, er hat vielmehr die Pflicht diesen

Mißständen ein Ende zu bereiten. Es gibt keine Regierung, die gegen den ausgesprochenen Willen des Parlaments regieren könnte. Ich füge hinzu: Es gibt wohl kaum eine, die es auch nur möchte. Jede Regierung hat das natürliche Bestreben auf der breiten Grundlage einer Parlamentsmehrheit zu stehen. Wenn wir in Deutschland es noch nicht zu einem parlamentarischen Regime gebracht haben, so liegt das nicht etwa an dem bösen Willen der bestehenden Regierung sondern an der Unfähigkeit des Reichstags der Regierung jene Basis zu geben. Durch stereotype Etatsverweigerung, die auf Grund irgendeines eingebildeten Prinzips erfolgt, aber weder parlamentarische Ursachen noch parlamentarische Konsequenzen hat, kann keine Partei etwas erzwingen. Die Regierung kann das *Mißtrauensvotum* einer Minderheit verschmerzen. Aber den Willen einer Mehrheit, der sich auf das Erreichbare richtet, kann sie nicht beiseiteschieben.

Hören wir also endlich auf die Regierung anzuklagen, denken wir vielmehr daran unsere eigene Pflicht zu tun. Und diese besteht darin dauernd für das Funktionieren eines Mehrheitswillens in der Volksvertretung Sorge zu tragen. Nun hat die Sozialdemokratie, wenn sie das erstrebte oder zu erstreben glaubte, immer nur an die eine Möglichkeit zur Erreichung dieses Ziels gedacht: sich selber durch ihre Wähler zur Parlamentsmehrheit zu machen. Wenn das aber nur nicht zu lange dauert! Jahrzehntelang parlamentarische Kritik und Entrüstungsstrategie in den Dienst möglicher Zukunftserfolge stellen kann doch sehr unfruchtbar sein. Ich halte es für richtiger und nützlicher, der Aufgabe einer Volksvertretung für angemessener die Mehrheit für die geforderte parlamentarische Willensaktion dadurch zustande zu bringen, daß man sich mit anderen Parteien zusammenschließt, und zwar nicht nur für den einzelnen Fall sondern für das Ziel, den Willen der Volksvertretung zur Norm der Regierung zu machen. Erst solcher Wille zur Bildung einer regierenden Mehrheit macht eine Volksvertretung zum wirklichen Ausdruck des Volkswillens. Solange solch ein Wille nicht da ist, solange er sich nicht durchzusetzen weiß, ist das Parlament eine Raisonierbühne, aber nicht die Stätte politischer Aktion. Wie war es jetzt bei der Erörterung der Frage, ob jemand, der einer anerkannten Religionsgemeinschaft nicht angehört, Offizier werden könne? Die Mehrheit des Reichstags, die sich in dieser Frage aus Sozialdemokraten, Fortschrittlern, Nationalliberalen und wenigstens einer Anzahl von Mitgliedern anderer Parteien zusammensetzte, brachte über den Entscheid des frühern Kriegsministers von Hohenborn den bittersten Spott und Hohn zum Ausdruck. Die Abgeordneten Stücklen, Neumann-Hofer, Heine und Haas sprachen äußerst wirksam gegen den Entscheid, der ganze Reichstag hörte ihren Reden mit gespannter Aufmerksamkeit zu (was, wie Reichstagsbesucher wissen, nicht allzu oft der Fall ist); auch das Zentrum und die Konservativen waren sichtlich von den ernststen Darlegungen dieser Abgeordneten ergriffen. Jedenfalls erwuchs aus dem Hause jenem Entscheid nicht die leiseste Verteidigung. Gleichwohl ist ein ausgesprochener Kollektivwillen des Reichstags auch in dieser Sache nicht zustande gekommen. Und nur dieser allein könnte eine Regelung der Angelegenheit im Sinn des Gesetzes vom 3. Juli 1869 bewirken, das da besagt, daß »die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein« solle.

Nun, Mißstände und Inkonsequenzen der innern Politik und Verwaltung sind wohl unter keinem Regime ganz zu vermeiden. Sie gehen ja auch nicht immer an den Lebensnerv des Staatswesens, wie bedauerlich, ja wie schlimm sie auch im Einzelfall sein mögen. Anders steht es um die auswärtige Politik. Hier erwächst dem Reichstag eine Verantwortung, deren voller Tragweite er sich noch durchaus nicht bewußt ist. Bei den kommenden Friedensverhandlungen werden diejenigen Regierungen am intensivsten im Interesse ihres Landes wirken können, die am vollkommensten den Ausdruck des Volkswillens darstellen. Der Reichstag verabsäumt also nicht nur die Erweiterung der Volksrechte, er erweist auch der Regierung keinen Gefallen, wenn er im Kern alles beim alten läßt (und dabei klagt, anklagt, jammert, schreit, sich entrüstet und zuweilen gar tobt).

Will der Reichstag Ernst mit der Parlamentsherrschaft machen, so muß er nicht auf Änderung der Geschäftsordnung oder der Verfassung sinnen, überhaupt alles Formale beiseite lassen sondern das einzig wirksame materielle Mittel ergreifen: die Bildung einer dauernden, **a r b e i t s f ä h i g e n M e h r h e i t**. Natürlich ist solche Mehrheitsbildung nur möglich, wenn die Parteien bei aller Festhaltung an ihren Grundsätzen doch in der jeweiligen Praxis einander so viel Zugeständnisse machen und gegenseitige Duldsamkeit üben, daß ein Zusammenarbeiten möglich ist. Ich muß zugeben, daß vor allem die Sozialdemokratie zu diesem Zweck von bisher nur zu stark bewiesener Intransigenz ablassen muß, ohne damit etwa sagen zu wollen, daß nicht die Fortschrittler und Nationalliberalen auch erheblich viel mehr Verständnis für die Erfordernisse solcher Gemeinschaftsarbeit an den Tag legen müßten als sie bisher bekundet haben. Man muß auf beiden Seiten zwischen den theoretischen Auffassungen, die man über den zu erwartenden Gang der Zukunftsentwicklung hat, und den praktischen Tagesfragen, die es heute zu lösen gilt, unterscheiden lernen. Dabei ist es recht nützlich, daß man sich vergegenwärtigt, wie viel man mit politischer Theorie in die Irre gegangen ist, und daß es daher recht sehr angebracht erscheinen muß das Vertrauen in die Theorie nicht bis ins Absolute zu steigern sondern lieber dem praktischen Erfolg in der greifbaren Gegenwart zu trauen. Darum braucht man auf die Theorie beileibe nicht zu verzichten, sie ist durchaus unentbehrlich; aber wichtiger ist und bleibt doch das frische Leben, dem die Theorie dienen soll, das sie aber nicht das Recht hat zu tyrannisieren.

Unsere Freunde von der radikalen Fraktion werden in diesen Sätzen einen Beweis für politische Knochenerweichung solcher Sozialdemokraten erblicken, die über der Sucht nach Erfolg alle Grundsätze preisgeben. Wenn diese radikalen Genossen, die ich in Wahrheit für äußerst konservativ erklären muß, nur den geringsten Versuch machen über die Hirngespinnste ihrer Ideen hinweg das wirkliche lebendige Leben sich anzuschauen, dann muß es ihnen doch zum Bewußtsein kommen, daß mit der noch so heftigen Kritik und Entrüstung, in der man sich austobt, nichts getan ist, wenn es nicht anders wird. Es gibt freilich manche Sozialdemokraten, die vollauf befriedigt sind, wenn sie nur die Möglichkeit haben sich schrankenlos in Kritik und Entrüstung genug zu tun. Und sie meinen, auch das Volk könne damit zufrieden sein. Man muß zugestehen, sie haben vielfach das Volk auch so erzogen, daß es sich vollauf befriedigt fühlt, wenn es nur liest, daß seine Abgeordneten *ordentlich aufmucken*. Oft, nur zu oft ist es mir in öffent-

zu träumen pflegt, dem wird es wohl mehr als einmal vorgekommen sein ein und die selbe Person in seinem Traum in zwei räumlich von einander getrennten Gestalten gesehen zu haben. Das wäre vorderhand mehr ein psychologisches als ein rein logisches Rätsel. Im Traum geschieht es aber nicht selten, daß eine und die selbe Traumgestalt zu gleicher Zeit als die selbe und wiederum als eine andere erscheint, daß eine aus irgendwoher hervorgezauberte Person nicht nur einen Doppelgänger von sich entsendet, der an einem andern Ort auftritt, sondern daß der Träumende überdies zur selben Zeit die beiden Ebenbilder für zwei von einander verschiedene und einander gleiche Wesen hält. Da sitze ich und unterhalte mich mit einem mir wohlbekannten Menschen: flugs verschwindet er, um plötzlich am andern Ende des Tisches aufzutauchen, und mittlerweile ist er im Handumdrehen zu einem ganz andern geworden. Nicht doch, es ist immer noch der selbe Mensch, den ich soeben gesehen und gesprochen habe, aber es tut nichts, er ist wiederum nicht der selbe sondern ein ganz anderer, der genau so wie der erste aussieht und sich genau so wie dieser benimmt. Und dieses Anderswerden eines und des selben Individuums scheint in meiner Seele, in der Seele des Träumenden, kein besonderes Befremden auszulösen, und nur das etwas beklemmende Gefühl eines dumpfen Unbehagens in mir gibt auf eine im übrigen sehr verworrene Weise zu erkennen, daß hier eine Art Verletzung eines elementaren Denkgesetzes stattgefunden hat. Mitunter geschieht es auch, daß ich selber mich verdoppele, daß ich in meinem Ebenbild mich selber erkenne und es zu gleicher Zeit für eine ganz fremde Person halte. So scheinen die Grundpfeiler alles regelrechten logischen Denkens unter der Wirkung dunkler physiologischer Prozesse abzubröckeln und ins Wanken zu geraten. Doch die Physiologie wollen wir vorderhand bei Seite lassen und unser Interesse einzig und allein der logischen Bedeutung dieser nächtlichen Erlebnisse zuwenden.

Hier wäre es vielleicht am Platz die logischen Axiome sich etwas näher anzusehen, insbesondere das Rückgrat alles normalen Denkens: das Gesetz der Identität und des Widerspruchs. Die meisten Logiker scheinen die Hauptnormen des Denkens so zu behandeln, als bewegten sie sich innerhalb einer Sphäre, die von irgendwelchen gegebenen Seinsverhältnissen ganz frei wäre, als läge überhaupt das Gebiet des Denkens außerhalb jedes gegebenen Seins. Sie scheinen keine Notiz davon nehmen zu wollen, daß, wie die logischen Axiome innerlich auch beschaffen sein, und was sie an sich auch bedeuten mögen, sie immer an ein Gegebenes anknüpfen und mit diesem unzertrennlich verbunden sind. Wenn ich irgendetwas, sagen wir ein *A*, in Gedanken setze und nun die Erfahrung mache, daß dieses *A* im Moment des Gesetzseins nicht zugleich ein anderes als *A* sein könne, so befinde ich mich vor einem Faktum, das ich mir zwar selber gegeben habe, das aber mit dem Moment des Gegebenwerdens vor mir als ein fertiges Datum dasteht. Wenn ich vollends dieses etwas, dieses *A*, bloß vorfinde, ohne es eigenmächtig gesetzt zu haben, und dabei die Überzeugung gewinne, daß es nicht zugleich ein anderes als *A* sein könne, so muß es doch jedermann ohne weiteres einleuchten, daß ich es hier vor allem mit einer fertig gegebenen Faktizität zu tun habe. Was die logische Grundnorm hier zum Ausdruck bringt, ist klar: Ein Gegebenes kann nicht ein Nichtgegebenes, ein Seiendes nicht ein Nichtseiendes sein. Dies ist der Lebensnerv aller logischen Beweisführung, denn

alle logischen Folgerungen wurzeln darin. Jede logische Folgerung, die besagt, daß irgend ein B in irgendeinem A enthalten ist, und daß, wenn ich daher das A denke, ich zugleich das B mitdenken muß, läuft im Grunde auf das selbe Fundamentalgesetz des Seins hinaus: daß nämlich das Gesetzte, das Gegebene, das Seiende mit einem Wort nicht zugleich ein Nichtgesetztes, Nichtgegebenes, Nichtseiendes sein könne. Denn habe ich einmal dieses B in sich enthaltende A gesetzt, und wollte ich hinterher das B nicht mitsetzen, so müßte ich notgedrungen auch das A wegdenken, ich müßte mit anderen Worten besagtes A in einem Atem bejahen und verneinen, setzen und absetzen, denken und fortdenken, was Sache der Unmöglichkeit ist.

So einfach und elementar diese Erwägung an sich ist, so erweist sie sich doch in hohem Grad dazu angetan uns über gewisse sanktionierte Befunde der philosophischen Forschung ein kritisches Urteil zu verschaffen. So vor allem über die aus der Geschichte der Philosophie sattem bekannte Unterscheidung zwischen ewigen und bloß tatsächlichen Wahrheiten, zwischen den von Leibniz so genannten *vérités éternelles* und *vérités de fait*. Diese Unterscheidung, die wohl auf Plato zurückgehen mag, wurde von Leibniz zuerst in eine klare und präzise Formel gefaßt. Zwei Arten von Wahrheiten glaubte er konstatieren zu können: Wahrheiten, die sich auf notwendige und logisch fundierte Inhalte beziehen, will sagen auf Inhalte von axiomatischer Evidenz, deren Anderssein undenkbar ist, und die daher ihre Begründung in sich selber tragen, und dann auch solche, die sich auf irgendwelche Fakta in Raum und Zeit beziehen, die, sintemalen sie einmal sind, man auch ohne weiteres hinnehmen muß, die man sich aber sehr gut auch anders vorstellen könnte. Zur ersten Kategorie gehören sämtliche Sätze von axiomatischer Geltung, sämtliche Identitätsbeziehungen und analytischen Urteile, zur zweiten sämtliche Konstatierungen von bloßen Tatbeständen und Geschehnissen irgendwelcher Art. Habe ich beispielsweise ein Dreieck vor meinen Augen auf dem Papier, so muß ich notgedrungen die Summe beliebiger zweier Seiten in ihm größer als die ihnen gegenüberliegende dritte Seite denken, da ich widrigenfalls eine Gerade nicht als den kürzesten Abstand zwischen zwei Punkten denken müßte, was der unmittelbaren Anschauung widersprechen würde; dagegen ist das bloße Gegebensein des Dreiecks, die Tatsache, daß es sich vor meinen Augen befindet, von keiner notwendigen Geltung, da ich nicht einsehe, warum besagtes Dreieck überhaupt existieren muß, denn es könnte doch auch nicht konstruiert werden, und ich mir sehr gut an seiner Stelle etwas anderes vorstellen kann. In diesen Bahnen scheint sich auch Descartes bewegt zu haben, wenn er behauptete, daß alle Faktizität als solche keinen Halt in sich habe, weil man sie in jedem Augenblick hinwegdenken könne, und daher durchaus zufälliger und abhängiger Natur sei.

Indes, wenn wir bei unserm Dreieck einmal bleiben wollen, so können wir uns auch an ihm überzeugen, daß das Faktum seines Daseins von der selben zwingenden Notwendigkeit ist wie es die aus dessen Konstruktion sich ergebenden Bestimmungen sind. Dazu würde nur eine etwas intensivere und nachhaltigere Aufmerksamkeit gehören. Allerdings, wenn ich meinen physischen und geistigen Blick von der konstruierten Figur abwende oder sie in einen andern Raumteil versetze, ohne weiter von ihr irgendwelche Notiz zu nehmen, so wird sie nicht so lästig sein mich zu verfolgen. Aber wenn

ich meinen Blick auf irgendeine Seite in ihr richte und mir allen Ernstes vornehme diese in Gedanken zu vernichten, so würde es mir ebensowenig gelingen, wie wenn ich die Summe zweier Seiten in ihr kleiner als die ihnen gegenüberliegende dritte Seite denken wollte. Und je mehr meine Phantasie sich abmühen würde vernichtende Strahlen gegen diese vor meinen Augen stehende Seite zu schleudern, desto hartnäckiger und zäher würde sie sich in ihrer Existenz behaupten. Gewiß könnte das Dreieck auch nicht konstruiert sein. Aber ist es schon einmal konstruiert und ins Sein gesetzt worden, so ist es ernstlich nicht mehr wegzubringen.

Daraus aber erwächst mir eine neue Erkenntnis: Es stellt sich heraus, daß, je mehr ich mich als Subjekt zu behaupten suche, desto größere Konsistenz das mir gegenüberliegende Objekt zu gewinnen beginnt, in dem Maß wie ich mich als ein stellungnehmendes und richtunggebendes Etwas geberde, auch das mir gegenüberstehende Ding schärfere Konturen annimmt und sicherern Halt bekommt, daß ich und das Ding, daß wir beide uns gegenseitig stützen und festigen. Was hier als Primäres und was als Sekundäres zu gelten habe, ob das stellungnehmende Ich durch sein Auftreten zuerst den festern Bestand des Dinges verursachte, oder vielleicht auch umgekehrt, vielleicht ist es eigentlich der Gegenstand, der kraft etwaiger mir verborgener Umstände, durch seine Lage und stoffliche Beschaffenheit etwa, zuerst meine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken beginnt, und meine Stellungnahme als Folge nach sich zieht: dies läßt sich im Moment nicht ausmachen und muß daher ganz dahingestellt bleiben. Das einzige, was sich hier mit Sicherheit behaupten läßt, ist, daß die Position meines Ichs und die des Gegenstands sich wechselseitig bestimmen. Wie ist es mir eigentlich in meinen Träumen ergangen? In der Umgebung des Traumlands, in die ich mich plötzlich versetzt sah, hatten Dinge und Menschen nur sehr wenig Konsistenz und wiesen nur sehr verschwommene Konturen auf. Ich selber, als handelnde Person des Traumes, empfand nur wenig von jener strengen Geschiedenheit und Insichgeschlossenheit gegenüber meiner Umgebung, die ich sonst in meinem wachen Dasein zu empfinden pflege. Im Gegenteil, ich fühlte mich in die Dinge und Geschehnisse derart verwoben, daß man bei all meinen scharfen und in ihrer Reinheit wunderbaren Emotionen von einem richtigen Subjekt des Handelns kaum reden könnte. Da mir vor allem die richtige Distanz zu den Dingen fehlte, so hatte ich auch nicht das richtige Augenmaß für deren Verhalten mir gegenüber, und da ist es nicht zu verwundern, daß ich auch in rein logischer Hinsicht eine merkwürdige Laxheit ihnen gegenüber äußerte. Soweit ich mich erinnern kann, befand sich diese Laxheit in einem genauen Verhältnis zu der mangelhaften Konsistenz, mit der die Dinge vor mir auftraten. In dem Maß wie die Dinge meiner Traumumgebung an Festigkeit mehr und mehr zu verlieren begannen, begann auch dementsprechend meine Aufmerksamkeit nachzulassen, und ich hörte auf es mit ihnen genau zu nehmen. Von welcher Seite diese Änderung der Verhältnisse ursprünglich ausging, ob von meiner geschwächten Aufmerksamkeit oder von der Konsistenzabnahme der Dinge, ist mir im Moment zu ermitteln unmöglich. Was ich weiß und genau angeben kann, ist, daß beides mit einander aufs engste zusammenhing und in der selben Zeit mit einander zusammentraf. Wenn ich jetzt in meinem wachen Zustand an meine Träume zurückdenke, so fühle ich mich stark zu der Annahme versucht, daß die Seele im Traum nach jener

Grenze hinübertastet, die das Leben vor dem Tod von einem etwaigen Leben nach dem Tod scheidet. Da nun das Sein der Dinge so wenig in sich gefestigt war, und ich meinerseits sie so wenig festzuhalten vermochte, so konnte ich auch auf dessen strenger Unterscheidung vom Anderssein und auf dem Gedanken der Dieselbigkeit nicht so hartnäckig, wie in wachem Zustand, beharren. Zwar wunderte ich mich ein wenig, als eine und die selbe Person mir im Traum plötzlich als eine andere vorkam; aber ich bestand nicht weiter darauf und ließ es ruhig gewähren.

Dieses mein Gebaren im Leben meiner Träume wirft aber unerwartet ein gewisses Licht auf das Problem der Wahrheit. Ich sage: ein gewisses; denn dieses Problem ist zu verantwortungsvoll und ein Lösungsversuch zu folgenreicher, als daß wir behaupten könnten, es sei eine Beantwortung der Frage gefunden worden. Soweit wir das Problem philosophiegeschichtlich überblicken können, läßt sich die Wahrheit auf eine ganze Reihe Übereinstimmungen zurückführen: 1. Übereinstimmung zwischen Vorstellungsgebilden und tatsächlichen Wahrnehmungen; 2. Übereinstimmung zwischen Vorstellungen unter einander; 3. Übereinstimmung zwischen einer isolierten Wahrnehmung und einem ganzen Komplex anderer Wahrnehmungen, die sich in festem Konnex mit der gesamten wahrnehmbaren Wirklichkeit befinden; 4. Übereinstimmung zwischen Aussagen und den Grundgesetzen des Denkens wie auch den axiomatischen Sätzen der Mathematik; 5. Übereinstimmung zwischen Aussagen unter einander; 6. Übereinstimmung zwischen Berichten und geschichtlichen Geschehnissen; 7. Übereinstimmung zwischen Willens-tendenzen und etwaigen fundamentalen Forderungen des individuellen und sozialen Lebens, die aus irgendwelchen Gründen als solche anerkannt und für solche ausgegeben werden; 8. Übereinstimmung zwischen einem Ideal und der Wirklichkeit.

Die letzte Übereinstimmung, die Hegel als die eigentliche Wahrheit zum Unterschied von der bloßen R i c h t i g s t e l l u n g anerkannt wissen wollte, muß hier ganz aus dem Spiel gelassen werden, da sie durchaus moralischer Natur ist und sich in entgegengesetzter Richtung zu den früher genannten bewegt. Wir wollen aber vorderhand mit bloßer Tatsächlichkeit zu tun haben, da wir eben sehen möchten, ob sich nicht auch aus ihr ein gewisser ethischer Wert heraus schlagen läßt. In allen früheren Fällen nun handelt es sich darum, daß wir ein Etwas zugunsten eines andern aufgeben, das wir bedingungslos bestätigen und anerkennen. Warum erkennen wir dieses andere bedingungslos an? Weil wir eben finden, daß es einmal s o und nicht a n d e r s ist. Hätte ich nun in der Anerkennung dieses S o s e i n s bloß einem auf mein Gemüt ausgeübten Druck nachgegeben, hätte ich mich dabei bloß in eine Naturnotwendigkeit gefügt, so hätte sie nichts von irgendeinem moralischen Wert an sich, und Hegel wäre vollständig im Recht mit seiner Behauptung, daß der bloßen Konstatierung des Seins nicht der Name der Wahrheit sondern nur der Richtigkeit gebühre. Allein diese Anerkennung des S o - und N i c h t a n d e r s s e i n s vollzieht sich, wie ich mich aus unmittelbarer Empfindung zu überzeugen vermag, aus ganz freien Stücken. Denn aus eigenem Antrieb gebe ich meinen Irrtum auf, sobald ich ihn einsehe, und wenn mich etwas dazu zwingt, so ist es einzig und allein mein eigener Wille. Wäre es anders, wie könnte ich je dazu kommen eine mir sehr angenehme und meiner Eitelkeit schmeichelnde Illusion einer her-

ben Erkenntnis zu opfern? Man würde vielleicht einwenden, daß eine derartige Illusion unangenehme praktische Folgen für mich haben könnte. Aber man gibt auch Illusionen ganz unabhängig von diesen praktischen Folgen preis, einzig und allein, weil sie Irrtümer sind und der Wahrheit nicht entsprechen. Es ist übrigens ganz und gar nicht ausgemacht, daß die Erkenntnis der Wahrheit immer und überall das Leben fördert. Vielmehr ist es höchst plausibel, daß Illusionen in unzähligen Fällen zur Erhaltung des Daseins und Steigerung des Lebensgefühls erheblich beitragen. Illusionen dienen oft als der größte Ansporn zur Tätigkeit, wie wir schon als Kinder in der Fibel aus der Erzählung von dem in der Erde vergrabenen Schatz ersehen konnten. Und trotzdem. Der wahrheitsliebende Mensch wird einen als Illusion entlarvten Gedanken aus seinem Innern mit der Wurzel ausreißen, und müßte seine Seele daran verbluten. Dies ist kein erzwungenes Sichbeugen vor der Macht der Tatsachen. Denn bei einigem Willen zum Selbstbetrug kann man sehr gut seinen Blick von diesen abwenden und sich aus seinen Illusionen ein bequemes Ruhekissen bereiten. Hat man aber den Willen zur Wahrheit, so wird man eine Tatsache in ihrem Sosein anerkennen, geschehe was wolle. Was ist es, was der Anerkennung des Soseins zugrunde liegt?

Aus den bisherigen Ausführungen haben wir ersehen können, daß zwischen der Konsistenz der Dinge in meiner Umgebung und der Festigkeit meiner stellungnehmenden Person eine gewisse Parallelität obwaltet. Verhalte ich mich mit einer gewissen Laxheit zum Sosein der Dinge, so verringert sich die Distanz zwischen mir und ihnen, und die Umrisse meiner Person beginnen sich zu verwischen. Erkenne ich dagegen die Dinge in ihrem Sosein uneingeschränkt ein, so gewinne ich zunächst festen Boden und sichern Halt für mein eigenes Ich. Zwischen mir und den Dingen bildet sich gewissermaßen ein freier Spielraum heraus, innerhalb dessen ich mich bewegen kann, und der mir die Möglichkeit gewährt mich mit den Dingen, mit der Welt auseinanderzusetzen. Darin liegt nach meinem Dafürhalten die Bedeutung, nicht der Wahrheit (denn was als Kriterium der Wahrheit dienen soll, wissen wir nicht) sondern die der einfachen Anerkennung der bloßen Tatsächlichkeit, des Soseins der Dinge: nämlich darin, daß diese Anerkennung mir erst die Möglichkeit gibt mich mit den Dingen, mit der Welt auseinanderzusetzen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Franz Joseph I. † Am 21. November 9 Uhr abends ist Kaiser Franz Joseph I. in seinem Schloß Schönbrunn verschieden. Selten war die Persönlichkeit eines einzelnen Herrschers mit so vielen innerlich grundverschiedenen Epochen eines Großstaats unlösbar verbunden. Bei seinem vorzeitigen Regierungsantritt, nach der Abdankung Kaiser Ferdinands im Dezember 1848, fand der junge Thronerbe ein der innern Auflösung verfallenes Reich

vor: vor allem Ungarn im Aufstand und Sezessionskampf. 11 Jahre des absolutistischen Regiments unter Schwarzenberg, Thun, Bach und Bruck folgten, bis man, im Ringen mit Preußen um die deutsche Vorherrschaft und auf den Rat Schmerlings, zum konstitutionellen Einheitsstaat, unter Einschluß Ungarns, überzugehen versuchte. Die Niederlagen von 1866 brachten in ihrem Gefolge zugleich den dualistischen Zerschchnitt der Monarchie, gaben jedoch in der zisleithanischen Reichshälfte weiter den Anstoß zu den großen Nationalitätenstreitigkeiten, die sich in erster Li-

nie gegen die bisherige überragende Stellung der Deutschösterreicher richteten und etwa die Zeit vom Jahr 1879 bis zur Jahrhundertwende erfüllten. Aus der eingerissenen Lähmung aller parlamentarischen Betätigung und Mitwirkung sollte darauf das allgemeine Wahlrecht befreien: eine Hoffnung, die nur eine Zeitlang und noch dazu in recht abgeschwächter Weise sich erfüllte. Seit 1908, als durch die bosnische Krise die auswärtige Lage und der sich vorbereitende allseitige Sturm auf Österreich-Ungarns Bestand zum erstenmal scharf hervortrat, hat alsdann Österreich die große außenpolitische Probe auf seine Lebensfähigkeit klar vor Augen gehabt und sich auf den Waffengang rüsten müssen. Inmitten aller dieser Wirren wuchs der Verfall allmählich zu einem Mittelpunkt des allgemeinen Vertrauens und damit zu einer einzigartigen Bindekraft für so viele auseinanderstrebenden Elemente empor. Dieses Vertrauen übertrug sich auch auf Reichsdeutschland, das seit dem Bismarck-Andrassyschen Abkommen stets auf die unwankbare Bundestreue des greisen Monarchen bauen konnte, dem es nicht mehr beschieden war die seit dem Sommer 1914 heraufgezogene letzte und schwerste Krisis des Donaureichs noch entschieden zu sehen.

× Österreich-Ungarn ×
 Am 21. Oktober fiel der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh unter den Revolverschüssen Dr. Friedrich Adlers. Die politischen Verhältnisse Österreich-Ungarns sind durch dieses Attentat (das wohl mit Recht auf die Nervenzerrüttung des Attentäters zurückgeführt wurde) natürlich nicht berührt worden. Ein Parlament hat in der diesseitigen Reichshälfte seit dem Frühjahr 1914, als an der tschechischen Obstruktion jede gedeihliche Zusammenarbeit endgültig scheiterte, nicht wieder getagt. Tritt es unter dem neuen Ministerium von Koerber, das bisher zum mindesten von allen deutschen, bürgerlichen wie sozialistischen Kreisen überaus freundlich aufgenommen wurde, in den nächsten Wochen dennoch zusammen, so weiß man abermals nicht, ob es schafftens- oder auch nur verhandlungsfähig sein wird. Dennoch war der Krieg, in seiner Vorgeschichte und in seinem Weiterverlauf, ein eindrucksvoller Beweis für die Notwendigkeit des Donaureichs und zugleich für seine, manchen Schwarzseher überraschende Lebens-

kraft, die seit 1848 immer wieder den schwersten äußeren Bedrohungen und inneren Krisen ausgesetzt war. Es ist eine Riesenaufgabe, die dem Gesamtstaat wie der neuen Leitung Zisleithaniens in der Gegenwart und der nächsten Zukunft obliegt. Aber auch im deutschen Nachbarreich glauben und hoffen Millionen, daß sie gelingen muß, nicht nur im Interesse des Donaureichs selber sondern Gesamteuropas, wenn es in wesentlichen Bestandteilen und Entwicklungskräften nicht zwischen englischer Wirtschaftsvorherrschaft und russischer Landvormacht wie zwischen zwei Mühlsteinen zermalmt werden soll.

× Polen ×
 Eine weitere gemeinsame Angelegenheit zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, die sich hoffentlich nicht mit der Zeit als gefährlicher Zankapfel entpuppen wird, ist neuerdings dadurch entstanden, daß am 5. November das bisherige Kongreßpolen als selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung proklamiert wurde. Über die Rückwirkung dieses Schrittes der Zentralmächte auf Preußen und die preußische Polenfrage läßt sich zurzeit nichts sagen. Eine Rückwirkung auf Österreich liegt insofern bereits vor, als gleichzeitig für Galizien eine weit stärkere Selbständigkeit feierlich versprochen werden mußte: anscheinend ohne Rücksicht auf die 3½ Millionen Ruthenen, die in Galizien neben den 4½ Millionen Polen wohnen. Da Galizien seit länger als einem Menschenalter durch Einführung der polnischen Amtssprache und durch Übertragung des Schulwesens bereits in der Selbstregierung verhältnismäßig günstiger gestellt war als die übrigen Landesteile Österreichs, so könnte die Fortbildung kaum in etwas andern bestehen als in der Einräumung einer ähnlichen Stellung wie die Kroatiens zu Ungarn oder wie die Ungarns zum Gesamtreich. Die ruthenischen Reichsratsvertreter (der Ruthenenklub zählte nach den Wahlen von 1911 28 Mitglieder gegen 72 Mitglieder beim Polenklub) haben daher sofort einstimmig gegen jede derartige staatliche Neuordnung Verwahrung eingelegt, die ihre Nation unter polnische Vorherrschaft stellen könnte. Umgekehrt befürchten die Tschechen, daß das Ausscheiden der galizischen Vertreter aus dem Reichsrat den überragenden Einfluß der Deutschen zum Dauerzustand machen werde.

Eine Festlegung des allgemeinen Kriegsziels: ob mehr oder ausschließlich gegen Ost oder West, braucht man in dem ganzen, noch recht wenig klar übersehbaren Vorgehen kaum schon zu erblicken.

× **Neutrale und Entente** ×
 Unterdes war man auf der Gegenseite unter Führung Englands nicht müßig die Einschnürung und Einschüchterung der Neutralen rücksichtslos fortzusetzen.

Wie immer bedurfte es am wenigsten des Drucks gegen Norwegen, das seit jeher bereitwillig sein möglichstes tat, um die Pflichten und Rechte der Neutralität einseitig, und zwar zuungunsten der Zentralmächte auszuüben. Am 13. November sperrte es durch eine Verordnung seine Gewässer gegen alle Kriegsunterseeboote; der Form nach gegen alle Tauchboote, in Wirklichkeit allein gegen die deutschen, die allmählich für die Munitions- und Geschützlieferte über Archangelsk nach Rußland eine schwere Gefahr geworden waren. Diese Verordnung verstößt nicht nur gegen die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln über Küsten- (nicht Eigen-) gewässer sondern sogar gegen das Abkommen, das Norwegen selber noch im Dezember 1912 mit den anderen skandinavischen Staaten schloß, und in dem ausdrücklich festgesetzt ist, daß Kriegsschiffen der Kriegführenden freier Zutritt zu den Häfen und Gewässern der Staaten gestattet sei, soweit nicht einige besonders bezeichnete innere Gewässer ausgenommen sind. Aus diesem Abkommen wäre an sich natürlich kein deutsches Recht herzuleiten, aber es beleuchtet den Vorstoß gegen die allgemeinen völkerrechtlichen Bestimmungen noch greller. Die diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Kristiania spinnen sich im Augenblick noch fort.

Am 30. August hatten die Vierverbandsmächte gleichlautende Warnungsnoten an Schweden gerichtet, nachdem dieses wegen der englischen Durchsuchung der Postpakete zu Gegenmaßnahmen ge-griffen hatte; es wies seine Postverwaltung an alle Postpakete von England nach Rußland, die im Transitweg durch Schweden kamen, in gleicher Weise zurückzuhalten. Nach der üblichen Drohung mit englischen Zufuhrsperrern ist man gegenwärtig so weit, daß in London Unterhandlungen über eine englisch-schwedische allgemeinere Wirtschaftsvereinbarung stattfinden.

Ähnliches scheint sich gegen Holland vorzubereiten.

Mit der Schweiz haben erregte Auseinandersetzungen wegen des Wirtschaftsvertrags zwischen der Schweiz und Deutschland begonnen, der Ende September in Kraft getreten ist.

Die Antwort Englands auf die amerikanische Note über die Schwarzen Listen (das Verbot jedes Geschäftsverkehrs mit bestimmten angeblich deutsch-durchgesetzten Firmen in allen möglichen Ländern) zeigt keine Spur von Nachgiebigkeit, und nach der bisherigen Haltung der Vereinigten Staaten brauchte England in der Tat durchaus keine Befürchtungen wegen seiner Anmaßungen zu haben.

Von den Rechten der Neutralen bleibt somit immer weniger übrig.

× **Vereinigte Staaten-Präsidentenwahl 1916** ×
 Über die allgemeinere Bedeutung der diesmaligen amerikanischen Präsidenten-

wahlen findet der Leser an anderer Stelle Näheres (siehe meinen Artikel in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1253 ff.). Die ersten Nachrichten über den Ausgang des 7. Novembers lauteten für Hughes günstig; vor allem im Staat New York und in dem zweifelhaften wichtigen Illinois (doppelt zweifelhaft wegen des Zuwachses von 600 000 Frauen zur Wählerliste) hatte Hughes riesige Mehrheiten zu verzeichnen. Ähnlich lauteten die ersten Nachrichten aus dem Mittelwesten und Westen, so daß den bestürzten Demokraten neben Colorado nur der *solid South* sicher schien, der seit dem Willkürregiment des im Bürgerkrieg siegreichen republikanischen Nordens stets seine Feindschaft gegen die republikanische Partei aufrechterhielt. Dann klangen die Mitteilungen aus dem Mittelwesten und Westen immer günstiger für Wilson, so daß am 10. November sein Sieg trotz einigen noch immer fehlenden Teilergebnissen, endgültig feststand. Die in meinem Artikel erwähnte zersetzende Rolle der Progressiven läßt sich besonders in Californien klar erkennen. 1908 war Californien republikanisch, 1912 wählte es 11 Roosevelt-sche Progressive und 2 Demokraten. Diesmal sind alle 13 Wahlmännerstimmen für Wilson zu buchen.

× **Zivildienstpflicht** ×
 Am 23. November wurde, nachdem 1½ Wochen vorher die Öffentlichkeit durch überflüssig sensationelle und einander

widersprechende Mitteilungen verwirrt worden war, der nachstehende Entwurf eines Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst veröffentlicht:

»§ 1. Jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Dienste in der bewaffneten Macht einberufen ist, ist zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.

§ 2. Als vaterländischer Hilfsdienst gilt außer dem Dienste bei Behörden und behördlichen Einrichtungen insbesondere die Arbeit in der Kriegsindustrie, in der Landwirtschaft, in der Krankenpflege und in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art sowie in sonstigen Betrieben, die für Zwecke der Kriegführung oder Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar von Bedeutung sind. Die Leitung des vaterländischen Hilfsdienstes liegt dem beim Königlich Preussischen Kriegsministerium errichteten Kriegsamt ob.

§ 3. Der Bundesrat erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen. Er kann Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bedrohen.

§ 4. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.«

Der Entwurf gibt also nur einen Rahmen. Der eigentliche Inhalt wird durch das Kriegsamt in Verbindung mit den sachverständigen Organisationen entsprechend den sachlichen Notwendigkeiten, die der Krieg bedingt, gegeben werden müssen. Ob es eines besondern Gesetzes überhaupt bedurfte, um die im Interesse der Kriegführung unbedingt notwendige Produktionssteigerung zu bewirken, ob die ganze Einrichtung nicht ebenso gut durch Vereinbarungen zwischen dem neugebildeten Kriegsamt und den Fachorganisationen hätte durchgeführt werden können, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls scheint es nicht zweckmäßig das Gesetz allzusehr mit Einzelheiten zu belasten (abgesehen von gewissen Gewerkschaftsforderungen). Es könnte sonst den Charakter eines Notstandsgesetzes, dessen Anwendung aus sachlichen Gründen auf die Erreichung des engumschriebenen Zweckes beschränkt wird, verlieren, und die Sicherung vor zu weitgehenden Eingriffen, die jetzt durch den Geist des Ganzen gegeben ist, würde dadurch ge-

ringer. Es wird in erster Linie Sache der Gewerkschaften sein durch tätige Mitwirkung bei der Ausführung des Gesetzes den maßgebenden Einfluß auf die Organisation der Arbeitsbeschaffung und die Festsetzung der Arbeitsbedingungen auszuüben. Daß die überstürzte gesetzliche Regelung einer solchen Materie (die nur allzu schnell entflammte und ebenso schnell deprimierte Leichterzigkeit als Einführung der sozialistischen Gesellschaft feiern konnte, um sie dann als Anschlag auf Arbeiterinteressen zu beargwohnen) an sich schweren Bedenken begegnet, da die späteren Konsequenzen einstweilen unübersehbar sind, soll nicht verkannt werden. Um so mehr ist die Beschränkung auf das sachlich unbedingt Gebotene notwendig, das dann mit der Erfüllung des Zwecks automatisch wieder verschwindet. Man kann die Sicherheit haben, daß das Kriegsamt in der Tat nur dies beabsichtigt, und tut daher gut keine Erweiterung derart vorzunehmen, daß später noch andere Einflüsse sich geltend machen können.

× Kriegspublikationen ×
Das Urteil über das heutige England und über die Notwendigkeit unserer

Sicherung gegen die englische Vorherrschaft auf weltwirtschaftlichem, welt- und kolonialpolitischem Gebiet wird immer einheitlicher. Dies lehrt auch die bereits in 2. Auflage vorliegende Schrift Die englische Gefahr / Berlin, Curtius/ von Professor Dr. Hermann Levy, einem der besten Kenner der englischen Wirtschaftsentwicklung, der früher gern und mit Recht das Moderne und Vorbildliche des englischen Liberalismus hervorhob. Die mehr wirtschaftliche Vorgeschichte des Krieges, die Seekriegführung, die Pariser Wirtschaftskonferenz gibt die Grundlage zu dem Urteil: »Besiegen müssen wir England, um unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen im Falle eines zukünftigen Krieges sicherzustellen und damit unserm Außenhandel, unserer Seeschifffahrt und unseren auswärtigen Unternehmungen die Kontinuität der Wirtschaftsführung sowie das unbedingte Gefühl der Sicherheit für die Zukunft zu gewährleisten. . . Eine handelspolitische Verschlechterung der Beziehungen zu Großbritannien und seinen Kolonien läßt sich nur dann vermeiden, wenn wir in der Lage sind sowohl von dem britischen Mutterlande wie auch von seinen Kolonien Handelsverträge zu erwirken,

welche mit dem System der Vorzugszölle aufräumen und überhaupt jede neue Beeinträchtigung des deutschen Wettbewerbes ausschließen. Aber auch dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Großbritannien selbst sich als besiegt erklären muß und seine Kolonien, anstatt ihnen Belohnungen für die geleistete Hilfe zu gewähren, dazu veranlaßt ihrerseits die Konsequenzen aus der Niederlage des Mutterlandes zu ziehen.« Im Anhang wird Asquith' Unterhausrede vom 2. August (siehe meinen Artikel in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 942 f.) in dankenswerter Weise übersetzt im Wortlaut mitgeteilt.

Zu den sachkundigsten Vertretern des Gedankens, Deutschland drohe dauernd hauptsächlich von Rußland die eigentliche Gefahr, muß man (unbeschadet der Ablehnung dieser ganzen Anschauung) ohne Zweifel Paul Rohrbach zählen. Unter dem Titel Die russische Gefahr gibt er jetzt eine Reihe von Beiträgen und Urkunden zur Zeitgeschichte heraus /Stuttgart, Engelhorn/. Im 1. Heft behandelt Richard Pohle Rußlands Ländergier, im 2. Axel Schmidt Rußlands Endziel. Diesem letzten Heft ist ein sehr beachtenswertes Kapitel von G. Hermann eingefügt: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Kampfes um die Dardanellen.

Vor der Wiener Freien Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung wurden im Frühjahr 1916 über die Hauptfragen des Nahen und Mittlern Orients eine Reihe von Vorträgen gehalten, die jetzt der Vorsitzende Dr. Ludwig Cwiklinski in einem kleinen Sammelband Balkan und Naher Orient herausgibt /Wien, Deuticke/. Professor Carl Grünberg sprach über die Wirtschaftszustände Rumäniens, Direktor Broch über Bulgariens wirtschaftliche Entwicklung, Professor Wilhelm über das moderne Griechenland, Professor Doelter über den Mineralreichtum der Balkanhalbinsel, Professor Kraelitz über die Bedeutung Konstantinopels und der Meerengen, Professor Schaffer über die Zustände und Aussichten Kleinasiens, Professor Musil über die geschichtliche Rolle Arabiens, Professor Oberhammer über Ägypten, Oberbaurat Friedrich über Orientbahnen, der Generaldirektor des Österreichischen Lloyds Frankfurter über die Levantenschiffahrt, Professor Strisover über völkerrechtliche Verhältnisse in Vorderasien. Endlich sei noch kurz auf eine bemerkenswerte Schrift verwiesen, die die

weltpolitischen Probleme des Krieges im allgemeinen behandelt. Der erfahrene und objektive politische Rundschauer der Kreuzzeitung Professor Otto Hoetzsch hat zur »politischen Erfassung des Krieges, die nur auf geschichtlicher Grundlage möglich« ist, eine Sammlung seiner Aufsätze aus Wochenschriften und Monatsrevuen veranstaltet: Politik im Weltkrieg /Bielefeld, Velhagen & Klasing/. In knappen Zügen werden fast alle Grundfragen des Krieges vorgeführt.

× ×
Kurze Chronik Der deutsche Botschafter in Wien Heinrich von Tschirschky ist am

16. November in einem Sanatorium, wo er Heilung von einem innern Leiden gesucht hatte, gestorben. Er ist besonders dadurch bekannt geworden, daß er, 1906 bis 1907 mit der Leitung des Auswärtigen Amts in Berlin betraut, gegen den Einfluß von Holsteins auftrat, dessen Rücktritt er auch herbeiführte. × Wie der Unterseekreuzerkrieg neuerdings, infolge der vervollkommneten Technik der Uboote, wirksamer geworden ist, ergibt folgende Zusammenstellung der 1916 versenkten Schiffe: Januar-Februar 238 000 Registertonnen, März-April 432 000, Mai-Juni 219 000, Juli-August 273 779, September 254 600, Oktober 393 500, zusammen 1 810 879 Registertonnen. Seit Kriegsbeginn sind durch die Zentralmächte 3 322 000 Tonnen Handelsschiffraum vernichtet worden; davon waren 2 550 000 Tonnen englischen Besitzes. × In der Leitung des deutschen Auswärtigen Amts hat sich, wie am 22. November amtlich mitgeteilt wurde, ein Wechsel vollzogen. Der bisherige Staatssekretär von Jagow wird durch den früheren Unterstaatssekretär Zimmermann ersetzt.

× ×
Literatur Einen ausgezeichneten Überblick über die wechselnde Gruppierung der Großmächte seit Bismarcks Rücktritt und dem Wegfall des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags, über das Werden der Einkreisungspolitik, über den Ausbruch des Weltkriegs bietet, in der geschichtlichen Materialiensammlung wie im politischen Urteil gleich umsichtig, ein neues Bändchen der Sammlung Männer und Völker /Berlin, Ullstein/: Dr. Paul Herre Weltpolitik und Weltkatastrophe. × Der britische

Imperialismus, das heißt die überseeische Ausdehnung weit über die europäischen Grenzen hinaus und die Anbahnung einer geordneten politischen und wirtschaftspolitischen Verbindung zwischen den Reichsteilen ist bedeutend älter als das moderne Finanzkapital, in dem unsere parteigenössischen Antimperialisten mit Vorliebe die Wurzel der ganzen weltpolitischen Verirrung erblicken. Will man diesen imperialistischen Werdegang vom Mittelalter bis zur Gegenwart und die großen Epochen der britischen Weltpolitik: ihre Stufen des Merkantilismus, des Freihandels, des jungmodernen Imperialismus, näher an sich vorüberziehen lassen, so ist das Werk des Leipziger Professors Dr. Felix Salomon *Der britische Imperialismus /Leipzig, Teubner/* ein guter Führer. × Wie sehr man heute den Parallelismus zwischen den englisch-Napoléonischen Kämpfen und der gegenwärtigen Kriegszeit fühlt, beweist der außerordentliche Erfolg von Otto Brandts Buch *England und die Napoléonische Weltpolitik 1800 bis 1803 /Heidelberg, Winter/*. Nach noch nicht einem halben Jahr die 2. Auflage bei einem, allerdings fesselnd geschriebenen, auf reichen historischen Quellenstudien beruhenden gelehrten Werk (es erschien ursprünglich als ein Teil der von Karl Hampe und Hermann Oncken herausgegebenen Heidelbergerverhandlungen zur mittlern und neuern Geschichte); dies spricht allein schon genügend für die Zeitgemäßheit und Bedeutung des Werkes. Aus der Geschichte eines Zeitabschnitts, der aber die folgenschwersten, lange nachwirkenden Entscheidungen einschloß, ergibt sich hier ein Bild des gesamten weltpolitischen Ringens zwischen England und dem Frankreich jener Zeit. Die vielumstrittene Amiensschuldfrage wird bei Brandt dahin beantwortet: »Nach unserer Untersuchung kann es nicht mehr zweifelhaft sein, wer im Jahre 1803 den Kampf gewollt hat. Da die Weltpolitik Napoléons des Friedens bedurfte, die Englands dagegen zu ihrer Entfaltung des Krieges, hat die Londoner Regierung den richtigen Augenblick erfaßt gegen den gefährdenden Rivalen die Waffen zu ergreifen. Bald widerhallte Europa von dem Schlachtenlärm der neuen Koalition gegen Frankreich, wiederum des Werkes der Politik Englands, die, wie Friedrich der Große sagt, darin besteht, daß sie mit dem Geldbeutel in der Hand an alle Türen anklopft.«

Gewerkschaftsbewegung /Paul Kampffmeyer

1915

Im Jahresdurchschnitt zählten 1915 die freien Gewerkschaften 1 146 259 Mitglieder, gegenüber 2 052 377 im Jahr 1914. In den sinkenden Ziffern der organisierten Mitglieder kommen recht greifbar die Wirkungen des Kriegsjahres 1915 zum Ausdruck. Der Mitgliederchwund erklärt sich nun nicht allein aus den massenhaften Einberufungen der Gewerkschafter zum Heeresdienst sondern auch aus der Ausschaltung vieler Gewerkschaftsbeamten aus ihrer Werbetätigkeit. Vor Kriegsausbruch waren in den Zentralstellen der Verbände 407, in den Gauleitungen 429, in den Zweigvereinen 1956, in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter 75, zusammen 2867 Beamte und Hilfsarbeiter tätig. Am Schluß des Jahres 1915 arbeiteten in Zentralstellen 292, in den Gauleitungen 277, in den Zweigvereinen 851, in der Redaktion 57, zusammen 1477 besoldete Beamte und Hilfsarbeiter. Man sieht, die freien Gewerkschaften mußten die Organisationsarbeiten mit etwa der Hälfte ihres Beamtenstands verrichten. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission bemerkt zu dieser Entziehung der Beamenschaft aus ihrer Agitationstätigkeit mit Recht: »Besonders die Verminderung der Zahl der Beamten in den Zweigvereinen von 1956 auf 851, also um 1105, muß die Agitation für die Gewerkschaften lähmen und die den Zusammenhalt sichernde Verwaltungsarbeit gefährden, zumal neben diesen den Verwaltungsbeamten durch die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer, für die Kriegsinvaliden und die Nahrungsmittelverteilung eher mehr als weniger Arbeit entstanden ist als sie vor dem Kriege hatten.« Erfreulich ist es, daß sich mit dem Schluß des 1. Quartals 1916 der gewerkschaftliche Zusammenhalt der Mitglieder gefestigt und gekräftigt hat. »Es ist gegenwärtig eine Mitgliederzunahme im allgemeinen wie auch bei den weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen.« Selbstverständlich gingen im Einklang mit dem starken Mitgliederschwund auch die Beitragseinnahmen der Gewerkschaften im Kriegsjahr 1915 rapid abwärts: nämlich von 65 236 696 Mark im Jahr 1914 auf 37 076 202 Mark. Die Gesamteinnahmen verringerten sich von 70 871 954 Mark auf 41 503 227 Mark. Eine Ruhmestat der freien Gewerkschaften in einer Zeit katastrophaler Zusam-

menbrüche bleibt ihre umsichtige Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer. Für diese verausgabten die freien Gewerkschaften im Jahr 1914 6 701 940 Mark, und im Jahr 1915 gar 8 074 085 Mark, und von Kriegsausbruch an bis zum 30. Juni 1916 insgesamt 17 963 759 Mark. Die freien Gewerkschaften haben sich, das beweist diese Leistung, in den Kriegsjahren glänzend bewährt. Übrigens hatten sie trotz den rapiden Einberufungen zum Heer und der da und dort erheblichen Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften noch vielfach unter dem Druck der Arbeitslosigkeit zu leiden. Sie warfen immerhin noch 3 485 423 Mark für Arbeitslosenunterstützung aus. Einige Verbände hatten sehr erhebliche Summen für die Arbeitslosenunterstützung aufzubringen. So zahlten die Glaser 24,91 Mark, die Notenstecher 24,31 Mark, die Buchdrucker 12,02 Mark, und die Brauerei- und Mühlenarbeiter 10,10 Mark pro Kopf im Jahr für diese Unterstützung. Sehr erfreulich ist die Tatsache, daß die freien gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahr 1915 finanziell günstiger abgeschlossen haben als im Jahr 1914. Bei den Gewerkschaften der anderen Richtungen machten sich übrigens die Kriegswirkungen in der gleichen Weise geltend wie bei den freien Gewerkschaften. So ging bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen die Mitgliederzahl von 77 749 im Jahr 1914 auf 61 086 im Jahr 1915 herab, und die Einnahmen verminderten sich in der gleichen Zeit von 2 545 047 Mark auf 1 899 825 Mark. Die christlichen Gewerkschaften hatten 1914 einen Bestand von 282 744 Mitgliedern, 1915 dagegen einen von 176 137. Die Einnahmen dieser Gewerkschaften beliefen sich im Jahr 1914 auf 5 863 674 Mark und im Jahr 1915 auf 3 317 847 Mark.

× ×
 Ausländische Arbeiter Die Auseinandersetzungen über die Einwanderungsfrage (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 858 f.) werden in den Gewerkschaften fortgeführt. August Winnig hebt im Grundstein hervor, daß vor dem Krieg, als keine größere Arbeitslosigkeit bei den Bauarbeitern bestand, kein spezielles Arbeiterinteresse vorlag, das die Zurückhaltung der Fremden gefordert hätte. Unleidlich wäre es nur gewesen, daß ein nicht unerheblicher Teil der Bauarbeit außerhalb der Kontrolle der Organisation stand. Das habe namentlich von italie-

nischen Bauarbeitern gegolten. Anders stehen aber nach Winnig die Dinge, wenn die Lage des Gewerbes nach dem Krieg kritisch wird, wenn Arbeitsmangel eintritt und einheimische Arbeitskräfte brachliegen. Man könne nicht im Namen der Internationalität verlangen, daß sich dies die einheimischen Arbeiter gefallen lassen. Eine solche Internationalität, die sich wohl in der Studierstube konstruieren ließe, wäre Selbstentäußerung. »In solchen Fällen«, meint Winnig, »ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften kategorisch die Zurückweisung der fremden Arbeiter verlangen, solange noch einheimische Arbeitskräfte beschäftigungslos sind. Das haben wir auch bisher schon getan, obwohl es auch da nicht an Stimmen fehlte, die darin einen Verstoß gegen die internationale Solidarität erblickten.« Gestalten sich die Wirtschaftsverhältnisse in der gleichen Weise wie vor dem Krieg, so fehlt nach Winnig jeder Anlaß zu dem Ruf nach Repressalien gegen ausländische Arbeiter.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hob am 9. September als verdienstlich an den Ausführungen Winnigs hervor, daß diese die Einwanderungsfrage nicht vom Standpunkt bloßer internationalistischer Studierstubendogmen sondern vom Boden der Tatsachen aus betrachtet haben: »Und das Ergebnis dieser Erörterung scheint uns doch dahin zu zielen, daß es nicht ganz so bleiben darf wie es vor dem Kriege war. Wir sind weit davon entfernt Deutschland mit Sperrmauern gegen ausländische Arbeiter umgeben zu wollen. Aber eine andere Frage ist, ob man die Theorie der internationalen Freizügigkeit bis zur Zügellosigkeit treiben will, wie es bei uns faktisch früher geschah, oder ob es nicht richtiger ist die Einwanderungsfrage einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen. Die in Massen angeworbenen Kontraktarbeiter werden durchaus nicht nur hereingeholt, weil es an deutschen Arbeitern mangelt, sie werden vielmehr oft genug zum Zwecke des Lohndrucks, der Verschlechterung der einheimischen Arbeitsbedingungen angeworben. Die zentralen Tarifverträge verhindern das nicht genügend, weil sie nicht alle Unternehmungen der einzelnen Gewerbe erfassen. Daneben haben wir Industrien, die große Massen ausländischer Arbeiter beschäftigen, aber noch keine Tarifverträge in nennenswertem Maßstab aufweisen, wie etwa der Bergbau, wo die

ausländischen Arbeiter die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation und damit die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse erschweren und sogar die Unfallgefahr erhöhen. Alle diese Tatsachen zeigen die Dringlichkeit einer gesetzlichen Regelung der Einwanderungsmaterie; sie ist nicht nur erforderlich, wenn die Feinde eine Schwächung der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg erzielen, sie muß vielmehr ganz unabhängig von dieser Frage behandelt und erledigt werden. Nicht feindselige Stimmungen gegen die Arbeiter der Länder, die heute mit Deutschland im Kriege stehen, darf unser Urteil bestimmen, darin hat Winnig recht. . . Eine gesetzliche Regelung der Frage soll auch keine »Repressalie« gegen die ausländischen Proletarier sein, wie Winnig anzunehmen scheint, sondern sie würde, ebenso wie sie die einheimischen Arbeiter vor einer Herabdrückung ihrer Lebenshaltung durch die Einwanderung schützt, auch die Einwanderer selbst vor maßloser Ausbeutung schützen.« Die Metallarbeiterzeitung erörtert ebenfalls die Einwanderungsfrage. Sie will dieser Frage aber lediglich durch Aufklärungsarbeit an den indifferenten Arbeitern beikommen. Sie erklärt es für bedenklich den Zuzug ausländischer Arbeiter durch Gesetze zu hemmen, nimmt daher Stellung gegen die Ausführungen des Korrespondenzblatts: »Selbst wenn man sich der Vorstellung hingibt, es könnte nach dem Kriege durch gewisse Umstände eine äußerst kritische Zeit für das Wirtschaftsleben Deutschlands eintreten, und die deutsche Arbeiterklasse müßte um der Erhaltung ihrer Lebenslage willen Einwanderungsgesetze verlangen, so geht das Korrespondenzblatt entschieden zu weit die Forderung schon jetzt aufzustellen, »daß es nicht ganz so bleiben darf, wie es vor dem Kriege war.« Also auf alle Fälle irgendwelche gesetzgeberischen Maßnahmen gegen den Zuzug von ausländischen Arbeitern, ganz abgesehen davon, wie die künftige Situation sein wird!« Das Korrespondenzblatt der Generalkommission hält nun am 4. November seinen Standpunkt gesetzlicher Regelung der Einwanderungsfrage vollkommen aufrecht. Die Metallarbeiterzeitung wolle nicht über die frühere Aufklärungsarbeit hinausgehen und äußere Bedenken wegen etwaiger Gegenmaßnahmen ausländischer Regierungen. »Diese Auffassung«, so schreibt das Korrespondenzblatt dann wörtlich, »müssen wir

entschieden ablehnen. Wenn die ausländischen Regierungen nur solche Gegenmaßnahmen ergreifen, die unseren Forderungen an die deutsche Regierung entsprechen, dann ist dagegen nichts einzuwenden. Wir haben beispielsweise Winnig zugestimmt, der bei einer eventuellen kritischen Wirtschaftslage in Deutschland im Interesse der einheimischen Arbeiter Maßnahmen gegen die Überschwemmung des Arbeitsmarkts mit ausländischen Arbeitern für notwendig hält. Wenn andere Regierungen bei gleich kritischer Wirtschaftslage ihrer Länder das gleiche tun, wäre das gewiß nicht zu beanstanden, und die organisierten Arbeiter des Auslandes haben auch längst solche Forderungen erhoben.« Das Korrespondenzblatt legt sich dann mit ganzem Nachdruck für eine gesetzliche Regelung der Einwanderungsfrage überhaupt ein. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus müsse eine Reihe von Forderungen an die Gesetzgebung erhoben werden, die durch das internationale gewerkschaftliche Zusammenwirken allein nicht erfüllt werden können. Gesetzliche Maßnahmen gegen die Anwerbung lohndrückender Kontraktarbeiter seien zum Beispiel im Interesse der deutschen Arbeiter zweckmäßig. Es ergäben sich im Hinblick auf die Unfallgefahr (zum Beispiel in den Bergwerken), den Arbeiterschutz bestimmte gewerkschaftliche Forderungen. Und das Korrespondenzblatt kommt schließlich zu dem Ergebnis, »daß, wenn wir einmal Forderungen an die Gesetzgebung in der Einwanderungsfrage erheben wollen, wir uns nicht mit der einen, lediglich in einer kritischen Wirtschaftslage begründeten begnügen sollen, sondern dann gleich das ganze Problem auflösen müssen. Was wir wollen, ist vermehrter Arbeiterschutz, der auch den eingewanderten Arbeitern zugute kommen würde. Die Metallarbeiterzeitung scheint demgegenüber die primitive Auffassung unserer Kritiker in der Schweiz und in Italien zu teilen, wonach jede Regelung der Einwanderungsfrage eine Unfreundlichkeit gegen die ausländischen Arbeiter darstellt. Der Arbeiterschutz, den wir wollen, würde vielleicht für die Unternehmer die Anwerbung ausländischer Arbeitermassen weniger profitbringend machen, aber wir können nicht zugeben, daß das gegen die Interessen der einwandernden Arbeiter verstößt. Das Gegenteil würde eintreten, wenn es uns gelingt eine gesetzliche Regelung im Sinne des Arbeiterschutzes

zu erreichen. Wir wollen keine Aktion und kein Geschimpfe gegen die Arbeiter des Auslands sondern den gesetzlichen Schutz der in Deutschland tätigen Arbeiter, ob sie nun In- oder Ausländer sind.«

×
 Kurze Chronik Dem in allen Volkskreisen hochgeachteten Münchener Gewerberichter Dr. Joh. Bapt. Prenner (siehe die Rundschau Sozialpolitik und Rechtswissenschaft, in diesem Band, pag. 1170 und 1232 f.) widmet das Korrespondenzblatt der Generalkommission einen ehrenvollen Nachruf. Es hebt besonders lobend dessen Erfolge als unparteiischer Schiedsrichter in den zentralen Tarifverhandlungen im Baugewerbe, im Malergewerbe und im Schneidergewerbe hervor. »Sein Wirken für den Tarifvertrag verschaffte ihm einen weit über München hinaus reichenden Ruf. Im Jahre 1911 wurde ihm nahegelegt an Stelle des nach Tokio beurlaubten Dr. Wiedfeld ins Reichsamt des Innern einzutreten. Er lehnte indes ab, um in seinem sozialen Wirken nicht behindert zu sein. In der deutschen Arbeiterschaft werden seine Verdienste unvergessen bleiben.« × Am 23. August fand in Köln eine Sondertagung der Gewerkschaftsgruppen statt, die sich mit der Kriegsinvalidenfürsorge befaßte. Die Konferenz forderte die reichsgesetzliche Regelung dieser Fürsorge und die Hinzuziehung der Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen als vollberechtigte Mitglieder zur Fürsorgeorganisation. Ferner wurde verlangt, daß die örtlichen Fürsorgestellen in enger Verbindung mit den nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen stehen sollten, die ja die Unterbringung von Kriegsinvaliden mit als ihre Aufgabe übernommen haben. Als Leitsatz stellte die Konferenz auf: »Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksamste Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.« Diese Forderung ist von einer über den besondern Gegenstand hinausgehenden grundsätzlichen Bedeutung (siehe den Artikel Kleeis', in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 1161 f.). × Der sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer Johann Sigg, Mitglied des schweizerischen Nationalrats, wurde zum Adjunkt des eidgenössischen Fabrikinspektors ernannt.

Literatur Es ist gut, daß noch vor dem Beginn der tiefgründigen sozialen Reformperiode, die dem Weltkrieg im ureigensten Interesse Deutschlands folgen muß, ein Buch wie das Hermann Jäckels Die Kämpfe der Krefelder Seidenarbeiter mit besonderer Berücksichtigung des Färberstreiks 1913 / Berlin, Deutscher Textilarbeiterverband/ erschienen ist. Die lebendigen Schilderungen dieser gewerkschaftlichen Kämpfe lenken unsere Aufmerksamkeit auf einen »Wust und Unrat«, den zu entfernen die erste Pflicht eines sich sozial neuorientierenden Staates und seines Beamtentums sein muß. Welche verhärteten Klassenanschauungen über das Verhalten zu streikenden Arbeitern rumorten noch kurz vor dem Ausbruch des Weltkriegs in den Köpfen staatlicher und kommunaler Beamten! Eine größere historische Bedeutung erhält ferner das Jäckelsche Buch durch die Darstellung der Tätigkeit der streikbrechenden Hintzgardisten gegen die hart um ihre notwendige Besserstellung kämpfenden Färber. Ich unterschreibe keineswegs das Urteil, das der Verfasser über seine eigene Arbeit gefällt hat: »Das Buch geht hinaus, obgleich sich der Verfasser bewußt ist, daß er jetzt auf öffentliches Interesse nur in allerbescheidenstem Maße Anspruch hat.« Nein, gerade das öffentliche Interesse erheischt die Beschäftigung mit einem Buch, das durch die Darstellung sozialer Rückständigkeit im Denken und Handeln bestimmter Schichten vor dem Krieg der kommenden sozialen Reformarbeit nach dem Krieg vorarbeitet. × Die Geschichte der Brauereiarbeiterbewegung, die E. Backert dargestellt hat / Berlin, Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen/, zeigt ein wertvolles Stück kulturgeschichtlichen Aufstrebens einer Arbeiterschaft aus sehr trüben un-menschlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen zu einer einigermaßen menschenwürdigen Existenz. Das Werk zeichnet mit kurzen Strichen die Lehrlings- und Gesellenverhältnisse der Brauer im Mittelalter. Nach den Tagen der Zukunft setzte ein Zeitalter unbegrenzter Ausbeutung für die Brauereiarbeiter ein. So lesen wir, daß in Berlin im Jahr 1885 die Arbeitszeit in der Regel um 1/3 Uhr begann, in Hildesheim dauerte sie von morgens 5 Uhr bis abends 10 Uhr bei freier Kost und einem Monatslohn von nur 33 Mark.

Mitte der achtziger Jahre erklärte noch ein Brauereibesitzer in Stuttgart: »6 Stunden Ruhezeit sind für einen Brauergesellen hinreichend genug, weil ihm bei längerer Ruhe zu viel Zeit zur Selbstbildung bleibt, was nicht erwünscht und nicht notwendig ist.« In den ersten lokalen Vereinen war jede gewerkschaftliche Arbeiterpolitik ausgeschlossen. In diesen Vereinen wurde der Brauergeselle systematisch versimpelt. So lautete zum Beispiel § 14 des Statuts des Brauervereins Koburg: »Der Verein duldet in keinerlei Weise Anlaß zu politischen Neigungen sowie Aufforderung politischer Zwecke seiner Mitglieder im Verein, insbesondere ist Anführern respektive Rädelsführern in Vereinen oder Gesellschaften, die den guten Ruf des Brauervereins schädigen könnten, der Zutritt verboten.« Erst im Jahr 1884 wurden die Grundlagen für eine gewerkschaftliche Politik der Brauer geschaffen. Am 26. Dezember jenes Jahres propagierte der Berliner Brauergesellenverein eine sich über das ganze Reich erstreckende Organisation. Lange Zeit tobte aber in den lokalen Vereinigungen noch der Kampf um den Anschluß an die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Erst mit den neunziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts ging es rüstig mit der Brauerorganisation vorwärts. Im Jahr 1900 erreichte der Brauerverband das erste Zehntausend Mitglieder. Mit Recht kann Backert sagen: »So hat die Organisation der Brauereiarbeiter während der verflossenen 30 Jahre ein gut Stück Kulturarbeit geleistet. Sie machte aus den Brauereisklaven der achtziger Jahre denkende Menschen, die jederzeit ihre Rechte zu fordern und zu vertreten wagen.«

Frauenbewegung / Wally Zepier

Berufsarbeit und Geburtenhäufigkeit Unter den zahlreichen Problemen, die die Zunahme der Frauenberufsarbeit durch den Krieg aktuell gemacht hat, ist die Frage nach dem Einfluß der Berufsarbeit auf die Gebärfähigkeit und -möglichkeit von besonders großer sozialer und nationaler Bedeutung. Dr. Marie Bernays' Studie über den Zusammenhang von Frauenfabrikarbeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland / Berlin, Moeser / darf daher besonderes Interesse beanspruchen. Die Verfasserin lehnt im wesentlichen, wie sie bereits in ihrem Referat auf der letzten

Tagung deutscher Frauenvereine mitteilte (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 819) einen solchen Zusammenhang ab; nur für ganz bestimmte Verhältnisse ergibt er sich allenfalls nach ihren Untersuchungen. Sie suchte ein einwandfreies Resultat dadurch zu gewinnen, daß sie nach den verschiedensten Gesichtspunkten: allgemein, nach Provinzen, Stadt- und Landgebieten, Altersperioden usw., die statistischen Zahlen der Frauenfabrikarbeit und der Geburtenhäufigkeit gegenüberstellte.

Positiv ergab sich ihr dabei folgendes: »Bei starker Verbreitung der Ehefrauenarbeit scheint diese für die Fruchtbarkeit eines Gebiets maßgebender zu sein als eine ebenso hohe allgemeine Frauenarbeitsziffer. In den Gebieten mit hoher Arbeitsziffer der 20- bis 30jährigen Frauen und vor allem mit starker Zunahme derselben ist eine Tendenz zu niedriger Geburtenziffer mit starker Abnahme nicht zu verneinen.« Auch die Art der industriellen Tätigkeit der Frauen schein eine Rolle zu spielen, ebenso lasse sich ein Einfluß der Zunahme (nicht der absoluten Höhe) der Frauenarbeitsziffer auf die Geburtenhäufigkeit nicht ganz leugnen.

Dr. Bernays hob unter anderem auch 22 Großstädte aus verschiedenen Teilen Deutschlands (unter Ausschluß der Riesenstädte) zu einer Spezialuntersuchung heraus. Darüber sagt sie: »Im Gegensatz zu den früheren Untersuchungen finden wir hier nicht nur einen Parallelismus zwischen dem Tempo der Zunahme der Frauenarbeit und der Abnahme der Geburtenziffer sondern auch einen Zusammenhang zwischen absoluter Höhe der Geburtenziffer und Höhe der Frauenarbeitsziffer. Die Industriestädte mit starker Frauenarbeit haben viel niedrigere Geburtenziffern als die Industriestädte, die nur Männern Arbeitsgelegenheit bieten.« Aber auch diese positiven Ergebnisse bedürfen noch, wie die Verfasserin selber sagt, einer starken kritischen Einschränkung. Inwieweit dieser Zusammenhang »ein Kausalzusammenhang ist, oder inwieweit zunehmende Frauenfabrikarbeit und zunehmende Unfruchtbarkeit Parallelerscheinungen sind, die gemeinsam in einer dritten Tatsache wurzeln, muß dahingestellt bleiben . . . Die gleichmäßigeren oder ungleichmäßigeren Verteilung der Industrie über ein ganzes Land, das Vorhandensein großer Städte, der Einfluß bestimmter Bodenbesitzverhältnisse sind maßgebender für die Bewe-

gung der Geburtenziffer als die Frauenfabrikarbeit. Ein Zusammenhang zwischen Frauenfabrikarbeit und Geburtenhäufigkeit tritt fast nirgends eindeutig, fast überall andeutungsweise zu tage.«

Auch diese Arbeit zeigt in augenfälliger Weise die außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich einer rein statistischen Behandlung der Frauenprobleme entgegenstellen.

×
Kurze Chronik Die Zulassung der Oberlyzeistinnen zur Universität hat bereits eine Übersetzung des philologischen Frauenstudiums hervorgerufen. Vielleicht kommt man allmählich zur Einsicht, wie verfehlt es war den Frauen durch die Einrichtung des sogenannten vierten Weges (siehe diese Rundschau, 1914, 2. Band, pag. 705 ff.) das Studium, das die anderen sich durch Begabung und angestrengte Arbeit erringen müssen, allzu bequem zu machen. Der überzeugte Anhänger der wahren Gleichberechtigung der Frau muß jedenfalls wünschen, daß dieses privilegium odiosum so bald wie möglich abgeschafft wird. × Ein Berliner Stadtverordneten-ausschuß beschäftigt sich jetzt mit der Frage der Zulassung von Frauen zu städtischen Deputationen (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 1177). In Königsberg, Halle und anderen Städten haben Frauen bekanntlich bereits in Verwaltungsdeputationen Sitz und Stimme. × Die Reichspostverwaltung hat bestimmt, daß kriegsgeehrte Post- und Telegraphinnengehilfinnen bis zur Rückkehr des Ehemanns weiterbeschäftigt werden sollen. Damit ist das Beamtenzölibat durchbrochen. Die Notwendigkeit wird hoffentlich dazu führen, daß es auch endgültig beseitigt wird. × Mit der Republikanerin Rankin (Montana) ist bei den Wahlen im November die erste Frau in den amerikanischen Kongreß eingezogen.

×
Literatur In einem Buch Weit hinter den Schützengräben /Jena, Diederichs/ gibt Gertrud Bäumer eine Sammlung von Artikeln aus den Jahren 1914 bis 1916. Die weitaus größte Zahl ist natürlich durch den Krieg bestimmt. Wo die Aufsätze für die Frauenbewegung besonders wichtige Themen berührten, sind sie in dieser Rundschau wiederholt mit herangezogen worden. In ihrer

Vereinigung zu einem ganzen Band verdienen sie aber eine Wertung noch nach anderer Richtung: sie erscheinen hier als Ausdruck einer starken geistigen Persönlichkeit, zugleich ja einer hervorragenden Repräsentantin der bürgerlichen Frauenbewegung. Gertrud Bäumer hat einen weiten geistigen Spannkreis. Philosophische, literarische, volkswirtschaftliche und pädagogische Fragen nehmen sie in Anspruch, und fast überall folgt man mit Interesse dem, was sie sagt, auch mit ästhetischer Freude an dem feinen und formgebildeten Stil. Am stärksten wirkt aber wohl in dem Buch das echte und warme Gefühl, ein sittliches Pathos, das im besten Sinn weiblich ist. Ob die patriotische Begeisterung der ersten Kriegszeit, die Freude an der Mitarbeit im Dienst der Kriegswohlfahrtspflege oder ethisch-philosophische Staatsideen sie erfüllen, stets hat man die Empfindung eines innern Erlebens, das den Leser zu Zustimmung oder Ablehnung, jedenfalls aber zum Mitgehen zwingt. Politisch steht Gertrud Bäumer auf dem Standpunkt, den man früher nationalsozial nannte und den jetzt unter den Politikern hauptsächlich Friedrich Naumann vertritt. Damit hängt ihre oft gar zu ostentative Betonung *deutschen Wesens* und die immer wiederholte (jetzt ja überhaupt sehr beliebte) Berufung auf Fichte zusammen. Daß hierdurch der Gesichtskreis sich verengt, und daß die Fichtesche Denkweise einer weltpolitischen Aktivität des deutschen Volkes nicht zu folgen vermochte, wird ihr, wie den meisten heute, wohl nicht bewußt. Die Zukunft verlangt freilich andere Horizonte und ein anderes Eindringen in die seelischen Tiefen der Völker als die bei uns traditionelle Ideologie aus den Zeiten der Napoleonischen Kriege (deren wahre Bedeutung, im Gegensatz zur offiziellen Schulgeschichte, man bei uns erst jetzt im Weltkrieg, ganz allmählich, einzusehen beginnt) uns überhaupt geben kann. × Eine Bücherei der deutschen Frau wird von Oscar A. H. Schmitz herausgegeben /Leipzig, Seemann/. Lauter nett ausgestattete Bändchen, die keine großen Ansprüche stellen. In einem von ihnen behandelt Marie von Bunsen die Frau und die Geselligkeit. Das Büchlein ist deshalb interessant, weil sich darin ganz unwillkürlich der innere Gegensatz der frühern und der jetzigen Welt, einstiger und heutiger Frauenideale malt. Nicht als wären diese Ideale nun versunken. Sie

leben gewiß auch heute noch in weiten Kreisen bürgerlicher und aristokratischer Frauen. Auch bei dem neuen Geschlecht, dem Geschlecht der im Beruf arbeitenden Frauen ist die Sehnsucht nach jener schönen geist- und gemütvollen Geselligkeit wohl noch vorhanden; aber sie steht lange nicht mehr im Zentrum, wie bei Marie von Bunsen. Diese Autorin nennt eine große Reihe literarischer, künstlerischer, politischer Zirkel, die sich um irgendeine geistvolle Frauenerscheinung scharten, von den berühmten Salons des vorrevolutionären Frankreichs und der deutschen Romantik bis zu solchen aus allerjüngsten Tagen: dem Gesellschaftskreis der Frau von Helmholtz, Frau Curtius, Gräfin Wolkenstein und anderer. Sie spricht auch von kleinstädtischer und ländlicher Geselligkeit. Als der eigentliche Ausdruck, die edelste Lebensäußerung eines feingebildeten Frauengeistes erscheint ihr aber offenbar jener leise, kaum merkbare Einfluß auf die Seele bedeutender Männer, wie sie die Königinnen jener Salons einst übten. Es ist die alte, immer wiederkehrende These: Die Frau, die nicht selbst Schöpferin ist, strömt ihre Kraft als Anregerin des Mannes aus. Aber die Zeit hat sich gewandelt. Das Leben ist intensiver geworden; der Gelehrte, der Politiker finden kaum mehr Muße gesellschaftliche Zirkel aufzusuchen, und die geistvollen Frauen, die einst nur diese eine Auslösung ihres innern Lebens kannten, würden heute ihre Fähigkeiten in eigener Tätigkeit herzugeben suchen. Ähnlich wie Marie von Bunsen denkt Sabine Lepsius. Sie schreibt sehr amüsant und geistreich vom deutschen Lebensstil oder vielmehr von dem, den wir verloren haben und wiederfinden sollen. Auch sie ist eine Gegnerin des Neuen im Frauenleben, ja sogar des Frauenstimmrechts, und auch sie beschwört wehmütige Erinnerungen an die Herrscherinnen des Salons. Aber sie ist selber offenbar eine Persönlichkeit, in der mehr vom Neuen steckt als sie im Prinzip zu vertreten für richtig hält. Diese Art Antifeminismus kann man sich daher noch gefallen lassen.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

Perihelbewegung des Merkur Für die Einsteinsche Relativitätstheorie und die mit ihr in engstem Zusammenhang stehende Gravitationstheorie wäre

es von hohem Wert, wenn Folgerungen aus ihr dem Experiment unterworfen werden könnten. Verschiebungen von Spektrallinien des Lichts der Sonne und der Fixsterne gegenüber den entsprechenden Linien von irdischen Lichtquellen, die nach der Theorie vorhanden sein müßten, sind zwar angedeutet, haben sich aber mit Sicherheit nicht feststellen lassen. Ebenso wenig konnte bisher geprüft werden, ob die sich aus der Theorie ergebenden Krümmungen von Lichtstrahlen, die von Fixsternen herkommen und an der Sonne vorbeistreichen, in Wirklichkeit stattfinden. Erst Beobachtungen bei künftigen totalen Sonnenfinsternissen werden hierüber Aufklärung schaffen können. Dagegen hat die Theorie einen andern Beweis ihrer Brauchbarkeit ergeben, indem die aus ihr für die Planetenbewegung folgenden Gleichungen die Perihelbewegung des Merkur, die aller Versuche der auf den Newtonschen Prinzipien beruhenden Mechanik gespottet hatte, restlos darzustellen gestattete (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 346).

Dieser Erfolg rief nun aber auch die Gegner der Relativitätstheorie wieder auf den Plan, die nicht zugeben wollen, daß die neue Theorie in diesem Punkt der alten Mechanik überlegen sei. Professor Em. Wiechert (Göttingen) hat es in einer in den Berichten der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen veröffentlichten Arbeit unternommen die Newtonsche Mechanik so zu erweitern, daß die Schwierigkeit der Perihelbewegung verschwindet, ohne daß irgendwie auf die Ansätze der Relativitätstheorie Rücksicht genommen wird. Er geht von den Formeln für die Bewegung aus, die sich aus der Annahme der sogenannten Lorentzkontraktion auch für die Elektronen ergeben. Zu der Lorentzkontraktion und den aus ihr sich ergebenden Formeln ist man bekanntlich durch das negative Ergebnis des Michelsonschen Versuchs gekommen, und Wiechert betont nachdrücklich, daß diese Formeln nicht etwa Folgerungen aus der Relativitätstheorie darstellen, sondern daß sie umgekehrt zu den Grundlagen gehören, auf denen die Relativitätstheorie aufgebaut ist, während diese Formeln selbst aus der Erfahrung erschlossen sind.

Die erste dieser Formeln deutet nun auf eine Abhängigkeit der Trägheit von der Bewegung hin. Wegen der Proportionalität von Trägheit und Schwere liegt die Vermutung nahe auch für die Schwere

eine Beeinflussung durch die Bewegung anzunehmen, und zwar ebenfalls proportional der Beeinflussung der Trägheit. Aber dann läßt sich die Perihelbewegung nicht herausrechnen. Deshalb nimmt Wiechert an, daß zwar die Trägheit, nicht aber die Schwere durch die Bewegung geändert wird, und er erhält nunmehr tatsächlich eine von der bisherigen Mechanik nicht gelieferte Perihelbewegung im Sinn des Umlaufs des Planeten, also in dem beim Merkur durch die Erfahrung gegebenen Sinn. Die Rechnung ergibt gegenüber der beobachteten Bewegung von 45" in 100 Jahren nur 7,1", also einen 6- bis 7mal zu kleinen Betrag. Es ist nun aber keineswegs schwierig die in den Gleichungen vorkommenden Zahlenfaktoren so abzuändern respektive so zu ergänzen, daß der richtige Wert 45" herauskommt. Das kommt darauf hinaus, daß zu der von Newton beobachteten Anziehung, die proportional dem Quadrat der Entfernung abnimmt, noch eine weitere zwischen den Massen wirksame Anziehung hinzugefügt wird, deren Abnahme der 3. Potenz der Entfernung proportional zu setzen ist. Eine solche Annahme wird aber trotz dem Erfolg, zu dem sie führt, und trotz ihrer großen Einfachheit doch, wie Wiechert selbst bemerkt, recht willkürlich erscheinen. Er sucht daher nach einem Weg, der von neueren Anschauungen der Physik ausgehend unmittelbar zu den gewünschten Formeln führt, wodurch diese und die genannte Annahme über das Anziehungsgesetz nicht unbeträchtlich an Wahrscheinlichkeit gewinnen würden. Wie man die Wechselwirkungen elektrischer Massen in der Elektrostatik durch die Annahme einer Feldenergie erklärt, so kann man es in ähnlicher Weise auch bei der Schwere tun, wobei die Energiedichte, da es sich hier um eine Anziehung, nicht wie bei elektrischen Massen um eine Abstoßung handelt, negativ zu setzen wäre. Eine solche Annahme erscheint Wiechert keineswegs unsinnig, wenn man an der Ätherhypothese festhält, da der Äther auch im unerregten Zustand eine Fülle von Energie enthält und Energie abgeben kann. Wiechert erinnert hierfür auch an die Bemühungen Nernsts die Quantentheorie durch Überlegungen nach der frühern Anschauung einer kontinuierlichen Energiestrahlung zu ersetzen (siehe diese Rundschau, 1916, 1. Band, pag. 233). Die im Schwerefeld vorhandene verteilte negative Energie soll nun gerade so wir-

ken, als ob dort eine schwere, das heißt in den Fernwirkungen der Gravitation sich äußernde Masse vorhanden wäre. Der Ansatz zeigt, daß in größeren Entfernungen ihr Einfluß völlig verschwindet und nur das Newtonsche Gravitationsgesetz zur Geltung kommt, wobei die darin enthaltene Masse des Zentralkörpers als eine scheinbare Masse zu bezeichnen wäre. Die Perihelbewegung läßt sich also vollständig erklären, wenn man einmal annimmt, daß die Trägheit von der Geschwindigkeit der Bewegung abhängig ist, und wenn man ferner für die Gravitation eine Verteilung voraussetzt, wie sie hier dargelegt ist, also eine scheinbare negative Masse im Gravitationsfeld der Sonne. Man kann sogar von der ersten Annahme der Abhängigkeit der Trägheit von der Bewegung absehen und mit der zweiten, der Annahme einer scheinbaren negativen Masse im Gravitationsfeld der Sonne, allein auskommen, wenn man einen in den Gleichungen auftretenden Zahlenfaktor etwas vergrößert. Schon diese Möglichkeit zeigt, daß es wohl mehrere Wege gibt, um die Theorie weiter auszubauen. Auch die aus der Relativitätstheorie sich ergebenden Gleichungen könnten ohne Beziehung auf diese entsprechend gedeutet werden. Der Versuch Wiecherts stellt jedenfalls eine sehr interessante Inangriffnahme des alten Problems der Perihelbewegung dar und zeigt, daß die Gegner der Relativitätstheorie deren Erfolge noch keineswegs für so unumstößlich halten, daß ihr Widerspruch verstummen müßte. In einer ganz andern Weise greift Ernst Gehrcke in einem in den Annalen der Physik veröffentlichten Aufsatz die Einsteinsche Berechnung der Perihelbewegung an. Gehrcke ist ja als ein heftiger Gegner der Relativitätstheorie überhaupt bekannt, deren Anerkennung seitens weiter Kreise der Physiker er merkwürdigerweise nicht für eine Folge ihrer innern Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit hält sondern für die Wirkung einer seltsamen Suggestion, der die sonst doch so nüchternen Naturforscher unterliegen (siehe diese Rundschau, 1913, 2. Band, pag. 933 ff.). Es wird daher nicht überraschen, daß Gehrcke nicht nur seine »Einwände, welche die physikalische und logische Unhaltbarkeit der alten Relativitätstheorie dartun«, aufrechterhält sondern auch das erweiterte oder allgemeine Relativitätsprinzip Einsteins mit einer Begründung verwirft, die ein

seltames Mißverstehen des Einsteinschen Grundgedankens zeigt. Was aber die Perihelbewegung anlangt, so verweist Gehrcke auf eine bereits im Jahr 1898, also zu einer Zeit, in der an die Relativitätstheorie noch gar nicht gedacht wurde, in der Zeitschrift für Mathematik und Physik veröffentlichte Arbeit P. Gerbers, in der die Einsteinsche Formel für die Perihelbewegung bereits vollständig abgeleitet sei, und zwar auf Grund einer Gravitations-theorie, die mit dem Gedanken des Relativitätsprinzips nicht das allermindeste zu tun hat. Es wird dort vielmehr angenommen, daß zwischen zwei gravitierenden Massen ein Zwangszustand herrscht, der mit einer endlichen Geschwindigkeit, der Lichtgeschwindigkeit, im Raum fortschreitet. Dadurch wird eine Änderung in dem Ausdruck für das sogenannte Potential der Kräfte nötig, die bei der Berechnung der Planetenbewegung genau die gleiche Formel für die Perihelbewegung liefert wie der Einsteinsche Ansatz. Gehrcke schließt daher: »Gerber hat also die Einsteinsche Formel vorweggenommen; Gerber hat ferner schon die Perihelbewegung des Merkur quantitativ erklärt; er hat auch auf die sehr geringe Größe der Perihelbewegung hingewiesen, die sich für die anderen Planeten ergibt.« Es ist wohl zu erwarten, daß Einstein sich zu der Angelegenheit äußern wird, zumal Gehrcke durchblicken läßt, Einstein müsse von der Gerberschen Arbeit Kenntnis gehabt haben.

× **Kriegspublikationen** Eine Sammlung Deutsche Feld- und Heimatbücher /Leipzig, Teubner/ bringt ein Bändchen Physik im Kriege von Dr. F. Gagelmann. Wie schon die Kapitelüberschriften (Beleuchtung, Deutliches Sehen, Feststellen von Entfernungen, Nachrichtenübermittlung, Explosionsvorgänge, Geschütze und Geschosse, Luftfahrt, Lenkbares Luftschiff) zeigen, enthält das kleine Büchlein eine Fülle von Material, das in einer auch ohne besondere Vorkenntnisse verständlichen und anregenden Weise die wichtigsten Grundsätze der Physik und ihre Anwendungen auf das Kriegswesen schildert. Eine anregende Schrift, die namentlich in dieser Zeit viele Leser finden wird.

× **Kurze Chronik** Der Privatdozent für Geologie an der Universität und Assistent am Geologischen Institut in Breslau Dr. Richard

Lachmann ist Ende September auf dem Schlachtfeld gefallen. × Am 12. September starb in Kristiania der langjährige Leiter des Meteorologischen Instituts Professor Henrik Mohn, 81 Jahre alt. Grundlegend ist sein zuerst 1872 veröffentlichtes Buch über Wind und Wetter, das 2 Jahre später ins Deutsche übersetzt wurde und als Grundzüge der Meteorologie eine Reihe von Auflagen bis in die neueste Zeit erlebt hat. Ein besonderes Interesse wandte Mohn stets den meteorologischen Verhältnissen in den Polar- gebieten zu. Von ihm rührte auch die Theorie einer Strömung her, die von Sibirien über den Nordpol geht, und die dann Nansen den Anlaß zu seiner berühmten Framexpedition gab, auf der diese Strömung als tatsächlich bestehend gefunden wurde. Mohn selbst führte in den Jahren 1876 bis 1878 eine Nordmeerexpedition, um die Verhältnisse des nördlichen Teils des Atlantischen Ozeans zu erforschen. × Am 14. September starb der Professor der mathematischen Physik an der Universität Bordeaux und Mitglied der Pariser Akademie der Wissenschaften Pierre Duhem im Alter von 55 Jahren. Er hat wie sein berühmter Landsmann Henri Poincaré die Grenzen des naturwissenschaftlichen Erkennens kritisch untersucht. Über sein Buch Die Wandlungen der Mechanik ist gerade jetzt hier in der Rundschau Philosophie (in diesem Band, pag. 1231) gesprochen worden. × In Dresden starb Dr.-Ing. Hermann Krone im Alter von 90 Jahren. Er hat sich hervorragende Verdienste um die Entwicklung der Photographie zu wissenschaftlichen Zwecken erworben. Er ist der erste, der eine Sonnenfinsternis photographisch aufgenommen hat, und zwar noch nach dem Daguerreschen Verfahren. × Im Alter von 91 Jahren ist in Ludwigshafen am Rhein Josef Moder gestorben, ein unermüdlicher Vorkämpfer für die Einführung des Dezimalsystems bei der Zeiteinteilung. Der Tag sollte nach ihm 10 Stunden (statt 24) zu je 100 Minuten von je 100 Sekunden haben. In astronomischen Kreisen verhält man sich einer Änderung des Zeit- und Winkelmaßes gegenüber sehr skeptisch, da die Umrechnung sämtlicher zuverlässiger Tafeln die Arbeit eines Jahrzehnts erfordern würde, die der wissenschaftlichen Forschung geradezu verloren ginge. × Im Altaigebirge sind von dem russischen Geologen Lwow reiche Lager

radiumhaltiger Mineralien entdeckt worden. × Der wissenschaftliche Ausschuß der Station Thule in Kopenhagen hat von Knud Rasmussen einen aus Parker Snow Bay, vom 11. Juli datierten Bericht erhalten, wonach die Polar-expedition die Absicht Pearyland in diesem Jahr zu erreichen wegen des stürmischen Wetters aufgeben mußte und sich in erster Linie der Untersuchung der Eskimosiedelungen in dem Bezirk der Station zuwendet. × Dr. Walter Knoche ist nach 6jähriger Tätigkeit von der Leitung des von ihm geschaffenen Meteorologischen und Geophysischen Instituts in Santiago (Chile) zurückgetreten. Dadurch ist der Fortbestand des von ihm eingerichteten meteorologischen Beobachtungsnetzes in Frage gestellt. × Der Observator an der Sternwarte in Kiel Dr. Alexander Wilkens ist auf den Lehrstuhl für Astronomie an der Universität Breslau berufen worden. × Der Professor der Experimentalphysik an der Universität Greifswald Gustav Mie hat den Ruf an die Universität Halle angenommen. × Der Privatdozent an der Universität Würzburg Dr. Friedrich Harms ist zum außerordentlichen Professor dort ernannt, und es ist ihm Physik, insbesondere theoretische Physik, als Lehrauftrag übertragen worden.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Müller-Lyer † Der Münchener Gelehrte Dr. Franz Carl Müller-Lyer ist am 28. Oktober inmitten der Arbeit an seinem großen, auf zahlreiche Bände angelegten Werk Die Entwicklungsstufen der Menschheit vom Tode weggerufen worden. Von der Medizin und der Experimentalpsychologie herkommend und so mit einer reichen naturwissenschaftlichen Vorbildung ausgestattet, war dieser Soziologe sich gleichwohl über die Fruchtlosigkeit aller Versuche Bau und Leben, Wachstum und Entwicklung der sozialen Körper in Anlehnung an biologische Analogieen zu begreifen von vornherein vollkommen klar. Ebenso wenig hatte er Berührungspunkte mit jenen neuerdings sich wieder regenden Tendenzen in die Gesellschaftswissenschaft womöglich hegelianisch-idealistische Konstruktionen einzuführen. Den entscheidenden Einfluß erhielt er von seiten der Marxschen Geschichtsauffassung und von Morgans Studien über die Familien- und Gentilverfassung, von

einer Betrachtungsweise also, die in der Zergliederung des gesellschaftlichen Lebensprozesses auf die elementaren Formen der wirtschaftlichen Selbsterhaltung und der geschlechtlichen Fortpflanzung zurückgreift. Und dem Interesse an der Erklärung des sozial gewordenen verband sich bei ihm, wie bei den großen Sozialisten, die Hoffnung und die Überzeugung, daß die geschichtliche Bewegung nicht etwa nur zu einer steigenden Verfeinerung menschlicher Kunstfertigkeiten und immer komplizierterer Differenzierung der Organisationen sondern in ihrer schließlichen Tendenz auch zu einer wirklichen Glücks- und Lebenserhöhung der Menschheit, der großen arbeitenden Massen, führen müsse. Es war sein Plan in seinem Lebenswerk die typischen Hauptetappen nachzuzeichnen, die die Entwicklung der verschiedenen sozialen Lebenssphären in dem geschichtlichen Verlauf durchmacht. So schrieb er in dem oben erwähnten Hauptwerk /München, J. F. Lehmann/ über die Entwicklung der Familie und der Ehe; dazu in einem besonders Buch über Phasen der Liebe (siehe die Rundschau Geschichte, 1913, 3. Band, pag. 1588 f.). Allgemeinste Fragen behandelte er in dem 1. Band des Zyklus, den er Der Sinn des Lebens und die Wissenschaft betitelte, und in seiner letzten Veröffentlichung, der Soziologie der Leiden. Für Sozialisten dürfte der 1908 veröffentlichte Band Phasen der Kultur und Richtungslinien des Fortschritts das meiste Interesse haben (siehe darüber auch die Rundschau Geschichte, 1909, 1. Band, pag. 389).

Müller-Lyer war einer der ernstesten und sympathischsten Arbeiter auf dem Allgemeingebiet der Soziologie, wo sich sonst abseits der konkreten ethnologischen und kulturhistorischen Erforschung noch immer so viel voreiliger, nach irgendwelchen zufällig aufgerafften Gesichts- und Vergleichspunkten schablonisierender Dilettantismus tummelt.

× Der Wiener Genosse Max Adler, durch eine Reihe wertvoller, die Beziehungen des Marxismus zur deutschen klassischen Philosophie behandelnder Arbeiten bekannt, erhebt von der Warte dieser freien und hohen Gedankenwelt in einer Flugschrift Zwei Jahre . . .! Weltkriegsbetrachtungen eines Sozialisten /Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt/ flammenden Protest gegen die furcht-

bare Unvernunft des europäischen Völkermordes und gegen die Ideologien, die in dem wilden Wüten der Gewalt eine unabänderliche Notwendigkeit menschlicher Geschichte, ja gar eine ruhmwürdige Erhöhung menschlicher Natur erblicken wollen. Natürlich lieben sich, führt er in einer einleitenden Betrachtung aus, auch für das Phänomen des Weltkriegs ökonomische Erklärungsgründe im Sinn der Marxschen materialistischen Geschichtsauffassung heranziehen. Doch hieße es selbstverständlich den Sinn dieser Geschichtsauffassung ins Gegenteil verkehren, wollte man daraus folgern, dieses Schicksal sei ein unvermeidliches, dem auch in Zukunft menschlicher Wille nicht zu steuern vermag. Das würde bedeuten: »Abdankung jedes bewußten Faktors in der Geschichte, der mehr wäre als das bloße Erleben der geschichtlichen Entwicklung.« Wogegen der Marxismus sich gerade dadurch kennzeichne, daß er die Einsicht in die ökonomische Bedingtheit sozialer Phänomene, die er als wirtschaftliche Theorie anstrebt, zugleich als Mittel in den Dienst des proletarischen Emanzipationskampfes stellen, sie für den Fortschritt, also für eine rationelle Änderung des Seienden benutzen will. Nichts liege dieser Denkart ferner als der fatalistische Schluß, daß das, was da sei und in dem Seienden kausal begründet liege, als unabänderlich Notwendiges auch in der Zukunft fortexistieren müsse; daß also, weil der Krieg bisher ein ständiger Begleiter der menschlichen Geschichte war, auch keine Möglichkeit bestehe in einer weiteren sozialen Fortentwicklung, die andere vernünftige Verhältnisse schafft und Hand in Hand damit den Willen zur Vernunft und ihre Macht in den Gesellschaftsgliedern stärkt, seiner am Ende Herr zu werden. So reihe sich, meint Adler, die kritische Bekämpfung der Kriegsideologien, aus denen der Glaube an die Unvermeidlichkeit des Kriegszustands und dessen Verherrlichung immer neue Nahrung zieht, den allgemeinen Richtungszielen der Arbeiterbewegung und des Marxismus selber organisch ein. Die Kritik dieser und anderer überkommener Truggebilde des sozialen Denkens resümiere sich in dem Bemühen »das Denken und Fühlen des Volkes aus der Verstrickung in eine ihm fremde Ideologie zu seinem wirklichen Interesse zurückzuführen und damit das Werk der ökonomischen Analyse des Marxismus auch ideologisch fortzusetzen«. Sei

ja doch »die Analyse der alten Bewußtseinsformen (was Marx die Reform des Bewußtseins genannt hat) . . . nur die andere Seite der ökonomischen Kritik, der ohne sie alle gesellschaftsändernde Kraft fehlen würde«. So offenkundig der Verfasser recht hat, wenn er den Marxschen Standpunkt gegenüber jeder Art von im Notwendigkeitsgedanken resignierendem Fatalismus von vornherein in prinzipieller Weise abgrenzt, scheint er doch hier, wie auch an einigen anderen Stellen, in der Reklamierung des Marxismus für seine eigenen, rein ethisch-humanitären Reflexionen zu weit zu gehen. Diese widersprechen dem Marxismus nicht, sie sind im Kopf des Autors mit dessen marxistischer Grundansicht in einen innern Konnex gebracht; doch werden sie unmöglich als ein spezifisches Resultat der Marxschen Denkweise angesprochen werden können. Was er in seinem Büchlein ausführt, sind Gedanken, die auf ein Allgemeineres, auf den Geist der Aufklärung und ihren hohen Glauben an die Bestimmung des menschlichen Geschlechts zurückgehen, und die zum Teil in Kant, dem von Adler am höchsten verehrten und auch hier wieder zitierten Philosophen, ihre prägnanteste Zuspitzung erhalten haben. Auch für die bürgerliche Welt, so wie sie teilweise heute schon ist, und noch viel mehr wie sie sich in dem vorauseilenden Geist ihrer Denker spiegelt, bedeutet der Krieg einen feindselig ungeheuerlichen Eingriff in ihr ganzes Rechtsbewußtsein, eine sinnlos rohe Willkür, die auf dem Weg des Fortschritts, auch des bürgerlich gedachten Fortschritts, sich in irgendeiner Weise muß überwinden lassen. Die bisherige politische Einflußlosigkeit des bürgerlichen Pazifismus beweist noch nichts gegen die Aussicht und Hoffnung auf dessen mächtiges Erstarken, wenn sich die blutige Sintflut verlaufen haben wird. Welcherlei Absichten die leitenden Staatsmänner der sich befehdenden Nationen jetzt auch bei ihren Verbeugungen vor der Idee eines internationalen staatlichen Friedensbundes haben mögen, jedenfalls sind diese ihre Kundgebungen symptomatisch für die Stimmungen, mit denen nach dem Krieg, wenn man die Opfer zählt, bei jedem Volk wird gerechnet werden müssen. Wäre es anders, könnte sich der Wahnsinn austoben, ohne daß später dann die Überlebenden Schutzwehren gegen seine Wiederkehr errichten würden: man müßte an der Mensch-

heit selbst irwerden. Das Interesse der bürgerlichen Schichten in ihrer überwältigenden Mehrheit kann in der Kriegs- und Friedensfrage kein anderes als das des sozialistischen Proletariats selber sein. Hier tut Zusammenschluß der Elemente auf allerbreitester Basis not. Es könnte nur verwirrend wirken, wollte der Sozialismus den pazifistischen Gedanken, zu dem von allen Seiten Wege führen, zu einer speziellen Konsequenz der sozialistischen Prinzipien stempeln und so in dieser Hinsicht wieder eine Politik der Isolierung treiben.

Das ist indes auch ganz gewiß nicht der Wille und die Meinung Adlers. Die Tendenz der Schrift, wie sie in dem Gesamtzusammenhang zutage tritt, hält sich von jeder Art einengender Schablonisierung und Dogmatik fern. Adler deduziert nicht aus den Klasseninteressen einer besonders Gesellschaftsschicht, er wendet sich an alle, die sich Verstand und Herz durch keine hochtönenden Sophismen umnebeln lassen wollen. Erfüllt von der Begeisterung der großen Vorkämpfer der Aufklärung und Humanität, strömt seine Sprache in edlem Pathos und gedrungener Logik hin. Die 10 kleinen Aufsätze der Broschüre variieren von verschiedenen Gesichtspunkten her alle das eine Thema von der Untermenschlichkeit des Krieges. Die Hauptkapitel betiteln sich Pflicht zur Kultur, Die große Zeit, Das Gottesgericht, Vom ewigen Frieden, Kriegssozialismus und Kriegsphilosophie. »Es ist der tiefe Unterschied, der die eigentliche geistige und moralische Größe einer Zeit ausmacht«, sagt der Verfasser in seiner Märzbeobachtung über die große Zeit, »ob die Völker in den Ereignissen derselben mit eigenem Willen stehen, oder ob sie bloß dahingerissen von ihr, sich ihre Ziele und Interessen diktieren lassen von den durch sie geschaffenen Zwangssituationen und Zwangssuggestionen. Wie jedes Volk und jede Regierung von diesem Kriege behauptet, hat niemand ihn gewollt, sie alle sind Opfer eines Systems, das fast zwangsläufig zu diesem allgemeinen Zusammenstoß führen mußte. Ist nun, da er erfolgt ist und alle seine Opfer bestrebt sind ihn durchzuhalten, irgendein Anlaß von der Größe der Zeit zu sprechen, die wir in solch entwürdigendem Zwange erleben, beschleicht uns nicht vielmehr die niederdrückende Empfindung ein sehr kleines Geschlecht zu sein, daß wir so ohnmächtig das Opfer

eines Verhängnisses werden konnten, das alle herankommen sahen, alle verhindern wollten, und an dem alle gerühmte Kraft der Menschenvernunft und Menschentechnik des 20. Jahrhunderts zuschanden werden mußte? . . . Nur wo der Krieg als das schrecklichste Übel erkannt ist, das die Kulturmenschheit treffen kann, und wo man sich unter keinen Vorwänden welcher Art immer verleiten läßt von einem Recht oder einer Würde des Krieges zu reden, der doch nur bloße und gräßliche Notwendigkeit ist, nur wo man endlich dazu gelangt ist zu sagen: wir werden diesen Krieg durchhalten, weil wir nicht anders können, aber wir empfinden ihn für uns und für die ganze Kulturwelt als ein namenloses Unglück und sinnloses Schrecknis, ja als eine Schande, die diesen Charakter auch im Siege nicht verliert: nur dann und erst dann kann das kraftvolle Aushalten und Dulden im Kriege eine seelische Größe und einen moralischen Wert bedeuten, weil es sich aus solcher Gesinnung heraus jederzeit umsetzen kann und wird in die Völker vereinigende und Frieden bringende Tat. . . Einen großen Abschnitt in der Geschichte wird dieser Völkerkrieg machen, aber nur, weil er Sinn und Willen aller Völker immer mehr dem Ziele zuwenden wird endlich Herr ihrer Geschichte zu werden. Erst dann wird die Welt ihr wirkliches Frühlings- und Friedensfest feiern können, erst dann werden die Menschen von ihrer großen Zeit reden dürfen.«

Mit besonderer Genugtuung wird man die Abrechnung mit jener lärmenden Kriegsphilosophie lesen, die der Mobilisation der europäischen Heere folgte. »Von der Turmhöhe des [philosophischen] Denkens durften die in den Zwängen und Nöten der Geschichte niedergehaltenen Menschen den Klang einer mahnenden und weckenden Stimme erwarten, die ihnen mitten in dem Dunkel, in dem durch den Krieg alles Menschentum versank, doch die tröstende Gewißheit gelassen hätte, daß die Sonne ihres bessern Selbst nicht erloschen ist, so wie ja auch in der Erdenacht die Sonne an einem andern Teil der Erdkugel leuchtet und bald wiederkehrt die Nacht zu verscheuchen. Eine solche eherne Stimme der Philosophie ist nirgendes erklungen; weder aus dem kulturstolzen Frankreich und Italien noch aus dem vernunftstolzen England oder Amerika noch aus dem gefühlreichen Rußland drang ein solcher Ton

an unser Ohr. . . Daß sie aber auch im deutschen Volk der Dichter und Denker nicht laut geworden, wird eines der schmerzlichsten und durch die Zeiten nachwirkenden Erlebnisse dieses Krieges bleiben.« Statt dessen erlebten wir »einen beispiellosen Andrang von Geistern ersten und mittlern Ranges, der kleinen nicht zu gedenken, die sich überboten den Krieg in allen Tonarten, mit scheinbar gedanklicher Schwere und mit begeisterungstrunkener Zunge, als den Quell aller höchsten Werte der Kultur zu preisen. . . Und während sonst der philosophischen Arbeit der Vorwurf gemacht wird, daß sie das Denken des gewöhnlichen Mannes aus dem Volke weit unter sich lasse, daß sie in Wolken throne und so gar keine Rücksicht auf uns arme Sterbliche nehme, so ist dafür die Kriegsphilosophie gründlich populär geworden.« Sie gefällt sich darin die gewalttätigen Triebe der Menschen, wie sie der Krieg entfessele, zu etwas Großem und Erhabenem umzumünzen. Zur Probe wird ein klassisches Dokument dieser erschreckenden geistigen Zerrüttung, in dem der Wahnsinn zur Methode wird, Schelers von so und so vielen Revueen und Journalen hochgepriesenes Buch *Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg in seinen grotesk-phantastischen Verstiegenheiten* des nähern vorgeführt (siehe über Scheler auch diese Rundschau, 1915, 1. Band, pag. 152 ff.). Ihren Gipfelpunkt erreicht diese Theodizee des Krieges mit der Entdeckung, daß diese Massentötung ein Mittel sei das soziale Leben zu einer — Liebesgemeinschaft zu erhöhen: ein einstweilen nicht überbotener Rekord. Und nicht so sehr viel anders steht es um die sonst übliche Glorifizierung des Krieges, die ihn als Schöpfer höchsten Heroismus rühmt. Sie kann nur blenden, solange der Blick, dies eine isolierte Moment des Lebensopfers fixierend, über alle die negativen, die ethisch deprivierenden Momente des Krieges, die ihm in gleicher Weise eignen, fortsieht. Die Illusion, daß diese Art von Heroismus ein Bürge für die Gerechtigkeit der im Krieg verfochtenen Sache sei, zerstäubt bereits an der unwiderlegbaren Tatsache, daß samt und sonders alle Völker, die der Weltkrieg in seinen Strudel zog, unter dem Druck geistigen und physischen Zwanges, für welches Ziel sie immer kämpften, ein gleiches Maß von Mut und Hingabe bewiesen.

Stadtprobleme In der von Paul Hirsch herausgegebenen Sammlung Sozialdemokratische Gemeindepolitik /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ ist eine trefflich orientierende Broschüre Hugo Lindemanns Über Begriff und Bedeutung der Kommunalwissenschaft erschienen. Der 1. Teil, eine Wiedergabe seiner Antrittsvorlesung über Kommunalwissenschaften an der Stuttgarter Hochschule, gibt, ausgehend von der Darstellung der Aufgaben, die der städtischen Verwaltung aus der Fürsorge für das Gesundheitswesen erwachsen, einen Überblick über die Gesamtheit der ins Bereich der Gemeindepolitik fallenden Angelegenheiten. Eine überaus wertvolle Ergänzung erhält diese allgemeine Einführung in dem 80 Seiten umfassenden Anhang, der, unter 35 Stichworten geordnet, mit knapper Charakteristik die wirtschaftlichen Haupterscheinungen der gesamten kommunalpolitischen Literatur anführt. Jedem, der, in Gemeindeangelegenheiten tätig, über Einzelfragen nähern Aufschluß sucht, werden die Hinweise dieses umfassenden Katalogs ein hochwillkommener Ratgeber sein. Eine das statistische Material in handlicher Gruppierung vorführende und unter allgemeinen Gesichtspunkten anregend erläuternde Darstellung bringt die vom München-Gladbacher Volksvereinsverlag herausgegebene Broschüre *Wanderungen und Stadtkultur* von Dr. P. Beusch. Der katholische Standpunkt des Verfassers, nur an einzelnen Stellen und auch da ohne konfessionelle Engherzigkeit sich markierend, tut der Objektivität der Untersuchung keinen Eintrag. Das Thema wird unter vielerlei Gesichtspunkten (Aus- und Einwanderung, Wanderungen der Arbeiterschaft, Bevölkerungsmischung durch die Binnenwanderungen, Rolle der Großstädte bei den Wanderungen, Bevölkerungsanhäufung in der Peripherie der Großstädte, Pendelwanderungen vom Wohnort zum Arbeitsort, Ursachen der Binnenwanderung usw.) beleuchtet. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt der Autor die Einflüsse, die die zunehmende Verstädtlichung auf den Rückgang der Geburten auszuüben scheint. Den Gefahren, die das Ziehen in die Städte für Jugendliche einschleife, soll durch erhöhte, natürlich vor allem katholische Vereinstätigkeit nach Möglichkeit gesteuert, das Arbeiterfamilienleben durch Bau von billigen und gesunden Wohnungen unter städtischer Lei-

X

X

tung gefördert werden. Die Bedeutung der Stadtkultur »für das gesamte Aufwärtstreben der Menschheit als Bannerträger des materiellen und geistigen Fortschritts« wird, »sobald die mit ihr heute vielfach verbundenen Schäden beseitigt sind«, unumwunden anerkannt.

×
Kurze Chronik Der Professor der Statistik und Verwaltungslehre in Leipzig Dr. Ferdinand

Schmid tritt in einer Denkschrift für die Gründung einer deutschen Zentralstelle zur Pflege der Verwaltungswissenschaft und Verwaltungspraxis ein, mit der Aufgabe das täglich produzierte massenhafte Material der praktischen Verwaltung zu sammeln. Sie ist einem neu zu gründenden Zentralverein für Verwaltungswissenschaft zu unterstellen, der alle bestehenden Vereine umfassen, Kongresse und Enqueten veranstalten, Publikationen herausgeben und Träger einer deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaft werden soll. Der Vorschlag verdient Beachtung. Es sei übrigens daran erinnert, daß die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Breslau Fachhochskulkurse für Wirtschaft und Verwaltung eingerichtet hat (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 672). × Der Redakteur der Hartungschen Zeitung Dr. Goldstein hält in diesem Winter Vorlesungen über das moderne Zeitungswesen an der Königsberger Handelshochschule. × Der Privatdozent der Nationalökonomie an der Universität Freiburg im Breisgau Dr. Goetz Briefs ist zur Vertretung des ordentlichen Professors der Staatswissenschaften Dr. Skalweit, der ins Kriegsernährungsamt eingetreten ist, an die Universität Gießen berufen worden.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Ury Man ist in Berlin geneigt in dem Leben Lesser Urys etwas Tragisches zu suchen, irgendeine äußere Macht, die bisher seinen Namen zu Boden hielt und ihn nicht hat recht aufkommen lassen wollen. Und darum kann man in der Ausstellung seiner Werke, die jetzt in Berlin bei Cassirer veranstaltet wurde, so etwas wie eine Rehabilitierung, einen Akt der Gerechtigkeit sehen. Tatsächlich wird jeder überrascht, der des Malers Kunst nur von seinen letzten Ausstellungen her kennt. Denn es gibt aus seiner frühern Lebens-

zeit Bildchen, die sich von diesen Arbeiten grundsätzlich scheiden und daher zu einer andern Einschätzung führen müssen. Es sind nicht etwa richtungweisende Werke, aber die Malkultur der Zeit ist da in hoher Güte vertreten und erkennbar. Man wird später vielleicht von diesen Bildern als gutem Schulgut der Zeit sprechen, so wie man etwa die vielen, oftmals namenlosen holländischen Bilder des 17. Jahrhunderts als gültige Repräsentanten der damaligen Malkultur ansehen kann. Das heißt also: Der Maler Ury geht eine Zeitlang in den Bahnen der führenden Zeitkunst und hat von einer eigenen Note kaum sehr viel hinzugetan. Wo er es später versucht, glückt es nicht immer und führt zu einem seltsamen, etwas stillosen Gemisch. In den späteren Arbeiten findet sich dann leicht die Liebe zum gleißenden Effekt, mit der die Durchbildung des Ganzen nicht immer Schritt hält. Das Handwerk kommt zu kurz, und da auch die künstlerische Form nicht entschieden genug auftritt, so haben wir es tatsächlich mit einem Künstler zu tun, den man nicht ohne Vorbehalt in die vordersten Reihen stellen kann. Von einer Unterschätzung dürfte deshalb nur insofern gesprochen werden, als man viele dieser vorerwähnten kleinen und geschmackvollen Werkchen nicht allgemein kennt und ihn mehr nach seinen zuletzt ausgestellten, stilistisch etwas auf verlorenem Posten stehenden Werken zu beurteilen pflegt.

×
Tschechische Kunst Das tschechische Volk will den Nachbarnationen ein Bild seiner Kultur geben.

Es fühlt sich ungekannt, mitten im mittelsten Europa; vielleicht auch liegt ihm daran das Ungünstige oder Unrichtige, das in unserer aufgeregten Zeit in die Ferne gedungen sein mag, durch eine Aufrollung seiner kulturellen Struktur aufzuklären. Das tschechische Volk läßt eine Schrift erscheinen, die in einer Anzahl sehr konzentrierter Abhandlungen Entwicklung und Stand seiner geistigen und materiellen Kultur entwirft (Das böhmische Volk, herausgegeben von Dr. Z. V. Tobolka /Prag, F. Rivnac/). Der Titel dieser Schrift ist irreführend, weil es sich nicht um das böhmische Volk als Ganzes handelt sondern nur um den Teil, der tschechischen Stammes ist. In Verbindung mit vielen Spezialgelehrten werden Statistik, Physik, Kunst, Wissenschaft und Literatur Böhmens monographisch dargestellt. Aus den erbrach-

ten Tatsachen ergibt sich, daß die Tschechen, was die bildende Kunst anlangt, in der Neuzeit niemals bodenständig national waren. Sie gravitierten immer um ein fremdes Zentralgestirn, zu Zeiten nach München, dann nach Wien und zuletzt nach Paris. Selbst die als Nationalhelden gefeierten Künstler Manes und später Ales scheinen mir das Nationale mehr im Inhalt als in der Form zu verkörpern. Noch weniger kann man bei den Impressionisten und den ganz Modernen die bodenständige Art von dem internationalen Können schälen. Höchstens ließe sich sagen, daß die Tschechen Anregungen leicht assimilierten und in deren Weiterbildung radikaler wurden als die Vorbilder. Wenn man will, kann man diesen Zug auch Freiheit oder Fortschrittlichkeit nennen. Es ist aber vielleicht nichts als der Mangel einer eigenen, stark gebundenen Kultur, die niemals Umwälzungen liebt sondern immer nur arbeitsam neue Steine dem alten Bau einfügt, um ihn nicht zu erschüttern. Das hatten die Tschechen nicht zu fürchten, und so konnten sie frisch und unbekümmert um die Tradition Neuerungen einführen. Sie taten es auch in der Architektur, so daß man heute in Prag sehen kann, wie neben den extremsten Modernitäten ganze Stadtteile entstehen, die den schlimmsten Bauschematismus verkörpern; ein Zeichen, wie wenig durchgehend ein einheitlicher Baudanke vorhanden ist. Die Kultur der Tschechen wird noch lange brauchen, bis sie jene glänzende Ebene bildet, über der eine Einheit entstehen kann.

× **Kurze Chronik** Am 20. Oktober verschied der Frankfurter Maler Fritz Boehle. Er war 1873 zu Emmendingen in Baden geboren. Seine künstlerische Ausbildung erhielt er vom Jahr 1886 bis 1892 im Staedelschen Institut in Frankfurt. Später hat er bei Diez in München gearbeitet, und von 1897 an war er in Frankfurt tätig. Am weitesten verbreitet und bekannt sind seine Lithographien und Radierungen, die das Leben der Landleute seiner engern Heimat darstellen. Gemälde von ihm hat man nur selten zu sehen bekommen. × Einer der stärksten belgischen Maler, Rik Wouters, ist nach langem, qualvollem Leiden in Amsterdam gestorben. × Am 12. Oktober wurde in München der Bildhauer Hermann Lang begraben. Sein Name hatte, was das Gebiet der religiösen

Plastik anlangt, einen guten Klang. × Die berühmte Wiener Landschaftsmalerin Tina Blau ist am 31. Oktober in ihrer Heimat gestorben. Sie ist 71 Jahre alt geworden. Das Kunsthistorische Museum in Wien besitzt bedeutende Werke von ihr. × Zwei Rembrandtforscher, Bredius und Kronig, haben ein in der Züricher Kunstgesellschaft aufbewahrtes Gemälde, den Kopf eines Greises, als eine Studie Rembrandts aus dem Jahrzehnt 1655 bis 1665 festgestellt. × Vom Sturm ist in Berlin eine Gedächtnisausstellung für Franz Marc veranstaltet worden. × Eine Daumierausstellung, die der Salon Fritz Gurlitt in Berlin für diesen Monat anzeigte, ist von dem Oberkommando in den Marken verboten worden. × Eine Deutsch-Spanische Vereinigung, die vor einiger Zeit in Stuttgart gegründet wurde, will in Berlin eine Ausstellung spanischer Kunst aus deutschem Privatbesitz veranstalten.

× **Literatur** Man befaßt sich in der Kunstwissenschaft seit langem damit die Beziehungen der Mathematik zur Malerei klarzulegen. Vielleicht war Karl Doehlemann einer der ersten, der es sich zum Ziel setzte unsere vagen Vorstellungen von dem perspektivischen Können der alten Meister auf gesicherten Grund zu stellen. Er ist es, durch den wir heute wissen, wie Masaccio und Jan van Eyck ihre uns heute so eigentümlich scheinenden Räume konstruierten. Er hat die Bilder auf die ihnen zugrunde liegenden Gesetze geprüft, hat das lineare Gerüst gemessen und nachgerechnet und so feststellen können, nach welcher Lehre sie entstanden sind. Es war sehr überraschend von ihm zu erfahren, daß die Brüder van Eyck ihre Bilder, die dem unbefangenen Betrachter perspektivisch durchaus verlässlich und gesetzmäßig scheinen, als reine Praktiker in der Perspektive konstruiert haben und in diesem Punkt über die allgemeine und ungenaue Anschauung nie hinausgekommen sind. Ein Büchlein Doehlemanns, das vor kurzem bei Teubner in Leipzig erschien (Grundzüge der Perspektive nebst Anwendungen, in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt), behandelt diese Fragen in klarer und für einen weitem Kres begreiflicher Art. × Bisher haben solche Zusammenstellungen gefehlt, und da sie für den Künstler sowohl wie für den ersten Betrachter außerordentlich nützlich sein

können, so ist es auch nicht zu viel, daß im gleichen Verlag ein zweites Büchlein erscheint, das fast die selben Aufgaben behandelt. Auch die Schrift Georg Wolfs (Mathematik und Malerei, in der Mathematischen Bibliothek) ist ein nützlicher Behelf, und beide Bücher werden ihren Zweck um so mehr erfüllen, als sie mit einem reichen Material an Figuren und Bildreproduktionen ausgestattet wurden.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Kriegswirkungen im Weltfrachtverkehr Die Pall Mall Gazette vom 12. Juli 1916 führte folgendes aus: Während Englands Anteil am Weltfrachtverkehr durch die Schiffsanforderungen der Regierung zurückgegangen ist, ist der Deutschlands vollkommen verschwunden, und ein bedeutender Teil seines frühern Anteils wird ihm nicht wieder zufallen. Es ist zum Beispiel so gut wie sicher, daß Deutschlands Schiffe nicht mehr zwischen England und Australien und Neuseeland laufen werden, und man kann sich schwer vorstellen, daß die Woermannlinie unsere afrikanischen Kolonien (das englische Blatt sieht Deutsch Afrika natürlich schon in dauerndem britischen Besitz) verbinden und die Hapagschiffe den Verkehr zwischen Marseille und Saigon vermitteln werden. Schwierigkeiten drohen England von den Neutralen, Schweden und Norwegen, und von Japan. Alle diese geben schon den Schritt an. Vor dem Krieg ließ Japan Linien nach Seattle, Vancouver, San Francisco, Valparaiso, nach Australien, der chinesischen Küste, nach Indien und Europa laufen. Heute beherrscht es den Verkehr im Stillen Ozean so gut wie ganz, ist überall in China zu finden und läßt seine Schiffe über Indien nach Europa, Südamerika, der atlantischen Küste Amerikas und nach dem Golf von Mexico laufen, und seine Schiffe werden in jedem Meer gechartert. Mit wenig Kosten hat es aus dem Krieg ungeheure Vorteile gezogen und in keiner Hinsicht mehr als auf dem ausgedehnten Gebiet, das sich seiner Handelsflotte erschlossen hat.

Durch die englischen Hoffnungen auf Verdrängung des deutschen Verkehrs wird hoffentlich der Ausgang des Krieges und namentlich die deutsche Politik nach Friedensschluß einen dicken Strich ziehen. Dagegen dürften sich die Be-

fürchtungen, die an das Vordringen Japans geknüpft werden, wohl im ganzen als gerechtfertigt erweisen.

Einen beachtenswerten Aufschwung nimmt während des Krieges die spanische Handelsflotte. Vor Kriegsbeginn hatte sie erst den 11. Platz unter den Handelsflotten inne; jetzt aber konnte sie sich weiterentwickeln, während die Flotten aller kriegführenden Länder starke Verluste erlitten und noch fortgesetzt erleiden. 1910 umfaßte die spanische Handelsflotte 765 460 Tonnen, 1913 bereits 841 000 und Ende 1915 fast 900 000 Tonnen. Die spanische Regierung unterstützt die Schiffahrtsgesellschaften durch bedeutende Subventionen; ein weiterer Aufschwung scheint sich vorzubereiten. Wenn Spanien (was ja wohl anzunehmen ist) neutral bleibt, hat es vielleicht die Möglichkeit seine Flotte wieder zu einer achtunggebietenden Höhe zu bringen. Dem Eindringen fremden, namentlich französischen Kapitals hat die spanische Regierung ebenfalls einen Riegel vorgeschoben, indem sie Namensaktien einführte und bestimmte, daß das Ausland nur einen bestimmten kleinen Teil der Aktien erwerben darf.

× **Kaukasusbahn** Der Duma und dem Reichsrat in Rußland wird ein Gesetzentwurf über den Bau einer Eisenbahn über den Kaukasus auf Staatskosten zugehen. Der Ministerrat hat bereits dem Vorschlag des Verkehrsministers zugestimmt. Von den beiden Linien, die vorgeschlagen wurden, hat er sich noch für keine entschieden. Die eine Trace geht vom Bahnhof Awtschalij, 13 Kilometer nördlich von Tiflis aus, das Tal des Arakwa hinauf. Sie überschreitet die Hauptkette des Kaukasus auf dem Arkhotpaß und erreicht die Wladikawkasbahn beim Bahnhof Sliepzowskaja. Die zweite Trace geht vom Bahnhof Awtschalij zur Stadt Wladikawkas. Die Baukosten ohne den Fuhrpark und ohne die Ausrüstung für den elektrischen Betrieb sollen für die erste Trace 101 524 000 Rubel betragen, für die zweite 104 216 000. Das Verkehrsministerium hat die Genehmigung für die Baukosten zu dem teuren Entwurf nachgesucht und für den Beginn der Arbeiten im laufenden Jahr 1 Million Rubel verlangt. Die endgültige Wahl der Trace hängt davon ab, welche Linie für die Hauptstrecke Moskau-Tiflis gewählt werden wird, für deren Führung gleich-

falls zwei Tracen vorgeschlagen sind: die eine von Koslow südöstlich über Heiligkreuz bei Paraskowsja bis zum Bahnhof Prochladnaja oder Neslobnaja an der Wladikawkasbahn mit einer Länge von 1300 Kilometer, die zweite von Koslow über Paraskowsja nach Sliepzowskaja, 1375 Kilometer lang. Durch den Bau einer Bahn über den Kaukasus würde die Reisezeit nach Transkaukasien erheblich abgekürzt werden. Wer jetzt dorthin will, muß um den ganzen Kaukasus herum. Das macht für die Fahrt nach Tiflis fast 2 Tage aus, denn man muß bis Baku am Kaspischen Meer und dann wieder zurück. Die Schwierigkeiten der Linienführung über das gewaltige Gebirge hinweg sind außerordentlich groß; hätte man sie nicht gescheut, so wäre die Bahn bereits früher in Angriff genommen worden. Das Land ist sehr wild und stark zerklüftet, so daß eine große Reihe von Kunstbauten erforderlich ist (Tunnel, Viadukte und Hochbrücken), die das Unternehmen sehr verteuern. Das macht auch die veranschlagte hohe Bausumme begreiflich.

× **Niagara-schwebbahn** ×
Eine eigenartige Schwebbahn überspannt den Niagara unmittelbar vor dem großen Strudel. Wagen von 3,5 Tonnen Leergewicht mit 24 Sitz- und 22 Stehplätzen laufen auf 6 verschlossenen Tiegeldrahtseilen von 25 Millimeter Durchmesser. Die Spannweite beträgt 547,2 Meter. An einem Ende sind die Seile fest verankert; am andern laufen sie mit einem angeschlossenen Ende aus Pilugstahlseil von 32 Millimeter Durchmesser über Scheiben von 1,25 Meter Durchmesser und sind mit je einem, in einem eisernen Führungsgerüst laufenden Gegengewicht von 10 Tonnen so belastet, daß die Spannung stets unverändert bleibt. Der Durchhang von rund 30 Meter ändert sich je nach der Belastung des Wagens. In der Mitte, also in der tiefsten Lage, befindet sich der Wagen noch etwa 50 Meter über dem Wasserspiegel. Das Zugseil läuft vom Wagen über eine Scheibe des einen Endpunkts zum andern Endpunkt, zum Wagen zurück über eine Spannvorrichtung, die Treibscheibe von 2,4 Meter Durchmesser und eine Führungsrolle. Zum Antrieb dient ein Drehstrommotor von 75 Pferdestärken. Die Geschwindigkeit des Wagens kann auf 120 Meter in der Minute gesteigert werden. Gewöhnlich beträgt die Dauer einer Fahrt 6 Minu-

ten. Besondere Vorrichtungen sind für den Fall angebracht, daß das Zugseil reißen sollte. Die Wagentüren sind erst dann zu öffnen, wenn der Wagen einen Endpunkt erreicht hat und mit einem Kupplungshaken fest verbunden ist. Die Kosten der Anlage, die die Niagara Spanish Aerocar Company erbaut hat, betragen 240 000 Mark.

× **Rhone-Marseille-Kanal** ×

Der Rhone ist wegen seines starken Gefälles und besonders wegen der beträchtlichen Geschiebeführung für die Schifffahrt nicht sehr geeignet. Die beständige Veränderung des Flußbetts würde auch durch kostspielige Uferbauten nicht völlig beseitigt werden, besonders nicht im untersten Teil nahe der Mündung. Schon im Jahr 1873 tauchte der Plan auf einen Kanal zur unmittelbaren Verbindung von Marseille mit dem 75 Kilometer entfernten Arles zu bauen; die Kosten wurden damals auf 64 Millionen Mark berechnet. Im Dezember 1903 wurde schließlich ein etwas veränderter Plan angenommen, dessen Ausführung nach einigen Abstrichen auf 57 Millionen Mark berechnet war. Nach den bisherigen Erfahrungen wird dieser Betrag aber erheblich überschritten werden.

Der Kanal wird von Marseille ab zunächst durch einen Deich gebildet, der an der Küste entlang geführt wird, durchquert darauf in einem rund 7,2 Kilometer langen Tunnel den längs der Küste laufenden Höhenrücken und benutzt soweit wie möglich die vorhandenen Binnenseen. Der Deich ist vorläufig aus losen Felsblöcken errichtet und soll später durch einen gemauerten Damm ersetzt werden. Der Tunnel hat eine gerade Sohle, sonst aber elliptischen Querschnitt mit 22 Meter größtem wagerechten Durchmesser und 14,4 Meter Scheitelhöhe. Er führt 3 Meter tief Wasser; an jeder Seite sind 2 Meter breite Fußsteige vorgesehen, die 1½ Meter hoch über der Wasserfläche liegen. Durch den Tunnel werden die an der Küste gebräuchlichen 600 Tonnen-Schiffe mit 1¼ Meter Tiefgang und 8 Meter Breite unbehindert hindurchgehen können.

Nach den bisherigen Feststellungen werden die Kosten des Tunnelbaus rund 3380 Mark pro Meter betragen, wovon etwa 1000 Mark auf die Ausmauerung entfallen. Den voraussichtlichen Verkehr schätzt man zwischen 0,6 und 1,4 Millionen Tonnen im Jahr; nach der

niedrigsten dieser Schätzungen würde der Schiffsverkehr zwischen Marseille und Arles immer noch das Doppelte des jetzigen betragen. Der Tunneldurchschlag erfolgte im März dieses Jahres. Die Fertigstellung wird vermutlich erst in 2 oder 3 Jahren möglich sein.

×
Personenwagen aus Eisen In einem Vortrag über die Entwicklung des Baues eiserner Personenwagen in

Deutschland hat Regierungsbaumeister Rudolph im Verein deutscher Maschineningenieure ausgeführt, daß der Bau eiserner Wagen neben ihrer größern Feuersicherheit und ihrer höhern Festigkeit, durch die bei Zugzusammenstößen und Entgleisungen die Gefahren, namentlich auch die Splitterwirkung, herabgemindert werden, auch durch den wachsenden Mangel an geeignetem Bauholz für die Langrahmenhölzer, die bisher vom Ausland bezogen werden mußten, erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Die ersten D-Zug-Wagen, bei denen das Untergestell aus Profileisen und die Kastenwände unter Heranziehung der äußern Bekleidungsbleche unterhalb der Fensterbrüstungsleisten als Tragkonstruktion ausgebildet waren, wurden 1908 von der preußischen Eisenbahnverwaltung der Firma van der Zypen & Charlier in Köln-Deutz in Auftrag gegeben (siehe diese Rundschau, 1915, 2. Band, pag. 946). Im Jahr 1911 bestellte das Eisenbahnzentralamt bei der selben Firma vollständig eiserne D-Zug-Wagen, bei denen ebenfalls die Seitenwand des Wagenkastens als Tragkonstruktion ausgebildet ist. Bei einem Teil dieser Wagen liegt der Obergurt in der Höhe der Fensterbrüstung, während bei einem andern Teil die ganze Seitenwand als Träger dient. Die untere Gurtung wird in beiden Fällen durch die eisernen Längsträger in Verbindung mit einem ungleichschenkligen Winkeleisen gebildet, an das die Blechwand angenietet ist. Die eisernen Seitenwandsäulen bilden mit den Querträgern im Untergestell und den eisernen Dachspriegeln in sich geschlossene Portale. Im Innern des Vorbaus der Stirnwand ist ein tonnenförmiges eisernes Rammdach eingebaut, das sich auf die eisernen kastenförmigen Ecksäulen des Vorbaus stützt. Die neuen Wagen sind trotz der großen Festigkeit leichter als Holzwagen, so daß bei ihrer Verwendung an Zugkraft gespart wird.

Seit kurzer Zeit verkehrt auf der Strecke Köln-Berlin ein D-Zug, der ausschließlich aus eisernen Wagen zusammengestellt ist. Er besteht aus 5 Personenwagen 1. und 2. Klasse und 1 Speisewagen. Die eisernen D-Wagen fallen dadurch auf, daß die Abteile infolge der runden Form des Daches im Lüftungsaufbau größer und luftiger erscheinen. Die Wände sind nicht mit Pegamoid und Stoff bekleidet, wie bei den bisherigen hölzernen Wagen, sondern bestehen aus glattem, furniertem Holz mit Ölfarbenanstrich, der gegen die aus deutschen Kolonialhölzern hergestellte innere Ausstattung abgetönt ist. Besonders angenehm ist der ruhige Gang der Wagen, die neue Drehgestelle der Bauart Orthegraven haben.

Der erste Probewagen der Berliner Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln (Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft), der in diesem Monat den Aufsichtsbehörden vorgeführt wurde, besteht vollständig aus Eisen; Holz ist nur für die Bänke verwandt worden.

×
Kurze Chronik Neuerdings werden im Ausland Versuche gemacht in die deutsche Übersee-

schiffahrt einzudringen. In den Erörterungen über die Schutzmittel gegen derartige Versuche wird hervorgehoben, daß die Form der Aktiengesellschaft hier zu schwerer Gefahr werden könne; ausländisches Kapital könne auf diesem Weg eindringen und schließlich zu einer Vorherrschaft des Auslands in den Gesellschaften führen. Deshalb denkt man in manchen Kreisen schon an eine vollständige Verstaatlichung der Überseeschiffahrt (siehe auch die Rundschau Staatssozialismus, 1915, 1. Band, pag. 343 f.). Als das beste Mittel erschiene indes ein Verbot deutsche Schiffsahrtsaktien an das Ausland zu verkaufen. × Am 22. August wurde die längst geplante Brienerseebahn eröffnet, deren Kosten bei nur 16,26 Kilometer Länge infolge der zahlreichen Kunstbauten rund 5,2 Millionen Mark betragen, eine für eine Schmalspurbahn recht bedeutende Summe. Außer 9 Tunneln mit einer Gesamtlänge von 2106 Meter war eine Brücke über die Aar erforderlich, die allein 240 000 Mark kostete. Die Strecke wurde so angelegt, daß ein späterer Ausbau für Vollspur möglich ist. Für die Fahrt Luzern-Interlaken werden 4 Stunden gebraucht werden.